

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgezahlte Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, bei der Expedition abgeben werden.

Nr. 36.

Sonnabend, den 12. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die preussische Wahlrechtschwächung.

Das Abgeordnetenhaus legte am Freitag die Wahlrechtsdebatte fort. Das Interesse des Publikums und der Abgeordneten hatte in keiner Weise nachgelassen und Haus und Tribünen waren wiederum überfüllt. Dagegen herrschte gähnende Leere am Ministerische. Außer Herrn v. Moltke und einigen Geheimräten, die in ostentativer Unachtsamkeit am Ministerische wälzten, glänzte das preussische Staatsministerium durch Abwesenheit. Selbst der leitende Staatsmann hielt es nicht mehr für notwendig, diesen wichtigen Verhandlungen persönlich beizuwohnen, sondern erschien erst während der Rede unseres Genossen Ströbel auf wenige Minuten im Saale, um sogleich wieder zu verschwinden. Der erste Redner des Zweiten Tages war der Zentrumsabgeordnete Herold, ein Agrarier reinsten Wassers mit dürftigem demokratischen Aufputz. Er hat bereits einmal in einer großen Frage die Führung seiner Partei übernommen. Das war beim letzten Zolltarif, wo er im Bunde mit den Konservativen über die Zollfrage der Regierung hinausging. Von einem solchen Mann ist natürlich nicht zu erwarten, daß er in der Frage der Wahlrechtsreform einen demokratischen Standpunkt einnimmt. Natürlich versicherte Herr Herold und mußte es tun, um die katholischen Arbeiter zu befriedigen, daß das Zentrum für das gleiche Wahlrecht auch in Preußen ist. Was von diesem erstrebten gleichen Wahlrecht des Zentrums zu halten ist, bewies die gleich im nächsten Satz mit großer Entschiedenheit erfolgte Ablehnung einer Neueinteilung der Wahlkreise. Die ungeheuerliche Entredung der großen Städte mit ihrer intelligenten Bevölkerung gegenüber dem platten Lande will also das Zentrum aufrecht erhalten. Und weshalb? Einmal, weil eine solche Neueinteilung nicht zu häufig erfolgen darf, dann, weil die Verquickung dieser Frage mit der Wahlrechtsreform ohne eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise unter Berücksichtigung der in den letzten 30 Jahren stattgefundenen Verschiebung aller wirtschaftlichen Verhältnisse nur die Karikatur einer wirklichen Reform wäre!

Auf Herrn Herold folgte eine Rede des Ministers des Innern v. Moltke. Mit den liberalen Einwänden gegen die Regierungsvorlage und vor allem gegen die Beibehaltung der öffentlichen Wahl befaßte er sich überhaupt nicht. Dagegen bot dieser nächst Herrn v. Rheinbaben wohl konservativste Minister sein bisheriges Redetalent auf, um der Rechten die direkte Wahl schmähhaft zu machen. Aber die Rechte denkt gar nicht daran, nachzugeben, sondern gab durch wiederholte Zwischenrufe und durch lauten Widerspruch zu erkennen, daß sie auch nicht um Haarsbreite nachzugeben gewillt ist.

Freiherr v. Zedlitz, der Führer der Freikonservativen, hielt eine Scharfmerrede, wie man sie selbst von ihm bisher wohl noch nicht gehört hat. Er bekam es fertig, von einer Stärkung der konservativen Gesinnung im Volk zu sprechen, die die starke Vertretung der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus zur Folge habe. Das sagt ausgerechnet der Führer der Partei, hinter der ganze 63 000 Wähler stehen, die allerdings 60 Abgeordnete haben, während hinter den 6 sozialdemokratischen Abgeordneten 600 000 Wähler stehen. Zum Zeitpunkt seiner schärferen Angriffe machte Herr v. Zedlitz den Reichstag und das Reichstagswahlrecht, wobei er allerdings nur den Spuren folgte, die Herr v. Bethmann-Hollweg am Tage vorher gegangen war. Gleiche Brüder finden sich eben und es ist mit einer äußerst wertvollen Erregung dieser Wahlrechtsdebatte, daß er die Feindschaft der preussischen Regierung und der preussischen Sunker gegen das Reichstagswahlrecht wieder einmal gezeigt hat.

Im übrigen lehnte Herr v. Zedlitz sowohl eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise als auch die geheime Wahl rundweg ab. Für die letztere wird nur eine verschwindende Minderheit seiner Fraktion eintreten.

Dem sozialdemokratischen Protest gegen diese Mißgeburt von Wahlreform, die die preussische Regierung dem Volke zu bieten mag, wurde durch den Genossen Ströbel machtvoll Ausdruck verliehen. Er bewies zunächst rechnerisch, daß die über große Mehrheit des preussischen Volkes, nämlich weit über drei Viertel, hinter den Parteien stehen, die entweder die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen oder doch wenigstens wie die Nationalliberalen eine gründliche Umgestaltung des geltenden Wahlrechts fordern. Die Regierung aber gibt dem Volkswillen nicht nach, weil sie es nicht wagt, gegen die Sunker aufzutreten. Das Gerede des Herrn von Bethmann von den unheilvollen Wirkungen eines demokratischen Wahlrechts fertigte er treffend mit dem Hinweis auf Süddeutschland ab, dessen Kultur der preussischen weit über-

legen ist und wo für die Einzellandlage freie Wahlrechte bestehen. Dem Loblied des jetzigen 5. Kanzlers auf die Überlegenheit des preussischen Beamtenkuns konnte unser Redner ein Wort des 1. Kanzlers entgegensetzen, das mehr als drastisch die Gesetzeskremente der preussischen Bürokratie „den natürlichsten Dreck von der Welt“ nannte. Ausdrücklich beschäftigte sich Ströbel dann mit dem Wechselbalg selbst, den die Regierung als Wahlreform dem Abgeordnetenhaus unterbreitet habe. Die Vorlage hat den bisher für unmöglich gehaltenen Beweis geliefert, daß man das jetzt bestehende unauflösbare Wahlrecht noch schlechter gestalten kann. Die jetzige Vorlage stellt keine Reform für, sondern nur eine solche gegen die Entredeten dar. Zum Beweise hierfür konnte sich Ströbel auf Anführungen bis in die nationalliberale Presse hinein berufen. Dieser Geldacknechtlichkeit der preussischen Regierung gegenüber vertrat Genosse Ströbel die immer gewaltiger werdenden Kulturforderungen des preussischen Proletariats, der ungezählten Millionen, die von der Bildung ausgeschlossen sind und sich die freie Schule erst erkämpfen wollen, die kein Stückchen preussischen Bodens ihr eigen nennen und die sich erst das Vaterland erobern müssen, um es auszugestalten zu einer wahren Heimat des ganzen Volkes. Ein Reich der Freiheit wollen sie aus dem rückständigsten deutschen Bundesstaat machen, und wenn man uns Terrorismus vorwirft, so üben wir ihn nur in verzweifelter Notwehr gegenüber den Unmoral der öffentlichen Klassenwahl und nicht wie die Sunker aus Freude am Terrorisieren und aus einem wahnsinnigen Machtgefühl, das sie eine veraltete und überholte Kastenvorherrschchaft mit den brutalsten Mitteln aufrechterhalten heißt. Im Dienste dieser Sunker und ihrer hässlichen Interessenpolitik steht aber die Krone Preußens, die durch ihr neuestes schmähvolles Attentat auf die winzigen Rechte der preussischen Proletarier ihre Furcht vor dem Volke deutlich zu erkennen gegeben hat. Wäre sie klug beraten, sie würde weit ab von der kleinen aber mächtigen Partei der eigensüchtigen Sunker abdrücken. Zum Kampf gegen die von dieser Handvoll Raubritter diktierte hundsstößliche Wahlrechtsvorlage rief Genosse Ströbel nicht nur die gesamte Arbeiterschaft, sondern das gesamte Bürgertum auf die Schanzen.

Auch die im Reichstage schnapsverblockten Polen sind durch ihre Brutalisierung in Preußen auf die Seite der entschiedenen Wahlrechtskämpfer gedrückt worden, und die Ausführungen des Abg. Korsantj waren ein Nachhall des rauschenden Entrüstungsturmes, der durch Ströbels Worte geweht hatte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Des Kurfürsten von Hessen allergetreuester Vasall.

Die Freitagssitzung des Reichstags verlief zunächst so still und friedlich und bisweilen langweilig, daß selbst Herr v. Bethmann mit ihr hätte zufrieden sein können. Da naturgemäß das politische Interesse sich fortgesetzt auf den preussischen Wahlrechtskampf konzentriert, konnten die vielen Einzelkapitel des weitläufigen Militäretats, so reichlichen Stoff zur schärferen Kritik sie auch bieten, die Aufmerksamkeit nur wenig fesseln. Immerhin benutzten unsere Genossen Stücklen, Albrecht, Schöpflin die Gelegenheit an den Militarismus als Arbeitgeber die kritische Sonde anzulegen.

Und dennoch schloß diese so ruhig anhebende Reichstagsitzung mit einer dramatischen Szene. Der Militarismus hat in der Person seines neuesten Chefs, des Kurheffen v. Heeringen, eine derbe Tracht Prügel bekommen, die ihm wohl noch lange in den Gliedern liegen wird. Beim Kapitel „Militärbildungswesen“ kam Genosse Emmel auf die Sanschauerliche Provokation zurück und forderte im Hinblick darauf die Unterweisung der Offiziere und Mannschaften in einigen Elementen der Bürgerkunde. Der v. Heeringen antwortete in dem Würdichkeitstone, der von Bronsart bis Einem die Parlamentsreden preussischer Kriegsminister auszuzeichnen pflegt. Wenn Herr v. Heeringen sich einbildete, damit die Angelegenheit aus der Welt geschafft zu haben, so irrte er sich gründlich. Genosse Ledebour bestieg die Tribüne und richtete an Einems Nachfolger die bringende Frage, was er mit den schweren Momenten des Vaterlandes gemeint habe, in welchen sich die ausschließliche Beidigung des Militärs auf den höchsten Kriegsherrn als segensreich erweisen habe. Der preussische Kriegsminister kam mit der verbüßenden Antwort heraus, er habe an kurheffische Vorgänge gedacht. Die Antwort ist in mehr als einer Beziehung hochinteressant. Daß Preußen nun schon zweimal nacheinander seine Kriegsminister aus den Ländern annektierter Landesväter, Einem aus Hannover und Heeringen aus Kurheffen bezogen hat, sei nur nebenbei bemerkt. Viel-

interessanter ist es, daß Herr v. Heeringen unter der für ihn günstigsten Voraussetzung, daß er sich überhaupt was gedacht hat, die anerkanntswerte Treue, mit der das kurheffische Offizierskorps 1850 gegenüber einem hundsstößlichen Kurfürsten und einem niederträchtigen Ministerpräsidenten am Verfassungseide festhielt, augenscheinlich mißbilligt, und der Anschauung huldigt, daß es schon vor 1866 Könige von Gottes Gnaden gegeben hat. Es würde ganz lehrreich sein, von ihm zu erfahren, wie er über die Offiziere denkt, die erst dem Kurfürsten von Hessen und dem König von Hannover und dann dem König von Preußen unverbrüchliche Treue geschworen haben. Auch das ist hübsch, daß Herr v. Heeringen 1910 noch hinter die Brandenburg und Manteuffel von 1850 zurückgeht, die in der kurheffischen Frage ausnahmsweise einmal auf Seiten des Verfassungsrechtes standen. In einer kurzen glanzvollen Rede sprach Genosse Ledebour den kurheffisch-preussischen Minister mit einer Bravour ab, die weit hinaus über die Kreise unserer Fraktion Befriedigung erweckten. Herr v. Heeringen sah da wie Bethmann mit dem engen Halskraagen. Zwischen durch fungierte Herr Spahn als Instanzstelle, und verbot von verstorbenen oder verjagten Fürsten respektvoll zu reden. Nächstens wird also wohl auch des hochseligen römischen Kaisers Nero Majestät im Reichstage nur mit Hochachtung genannt werden dürfen. Am Sonnabend soll der Rest des Militäretats erledigt werden.

Die Justizkommission des Reichstages

beiprach Donnerstag in der Fortsetzung der Beratung des Strafgesetzbuch-Novelle das Vergehen der einfachen Erpressung. Die Regierung schlägt folgende Fassung vor:

Wer in der Absicht, sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Furchung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Die Sozialdemokraten haben beantragt, dieser Fassung hinzuzufügen:

Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitszeit zu gewähren oder bestimmte Forderungen als Voraussetzung für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlich rechtlichen Korporation, einer Armenkasse oder einer religiösen, politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht rechtswidrig, und der dadurch erstrebte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger zu erachten.

Die Beratung wurde nicht zu Ende geführt, da außer dem sozialdemokratischen Antrag noch eine ganze Anzahl Anträge anderer Parteien vorliegen.

Bethmann-Hollwegs Rede zur Wahlrechtsvorlage wird mit wenigen Ausnahmen von der konservativen und agrarischen Presse mit ungeheurem Lob überschüttet. „Die Deutsche Tageszeitung“ sagt, es sei ein hoher Genuß gewesen, Bethmann-Hollwegs zuzuhören. Eine so fein polierte Rede, die derart in volks-psychologischen und gesellschafts-philosophischen Tiefen zu graben unternahm, habe man selten in einem deutschen Parlament gehört. Die Rede habe nur dort einen Bruch gehabt, wo sie begonnen habe, die Reformvorlage zu rechtfertigen. Nach der ganzen Bethmannschen Rede habe jeder die Überzeugung haben müssen, daß das bisherige Wahlrecht überhaupt nicht reformiert zu werden braucht. — Die „Post“ und die „Nationalzeitung“ jubeln in übereinstimmender Begeisterung (beide Blätter werden ja nach einer Schablone hergestellt): Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschleppen, solange die Macht seines Königtums ungebrochen ist, so ruft der Kanzler mit erhobener Stimme aus und eine mächtige Bewegung geht durch das Haus. Mit Recht! Diese Worte sollen Herrn von Bethmann-Hollweg nie vergessen werden. Geben sie doch die Stimmung aller ernst zu nehmenden und an der altpreussischen, monarchischen Überlieferung festhaltenden Politiker wieder. — Der „Reichsbote“ ist nicht ganz so beglückt. Er sagt, es sei ein Genuß gewesen, dem Bethmannschen Gedankenflug zu folgen, aber die Rede wäre eindrucksvoller gewesen, wenn er statt alle möglichen Abschweifungen zu machen, die Wahlrechtsvorlage begründet hätte. — Die „Sermannia“ hat den Eindruck, daß die Rede zwar nicht ungeschickt war, daß sie aber doch zu wenig besage. — Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ zweifeln, ob durch die Art der Einführung der Vorlage durch Bethmann ihre Auswirkung gebessert seien. — Einig ist die nationalliberale Presse über die absolute Unzulänglichkeit der Bethmannschen Rede, die nach dem „Berliner Tageblatt“ eine zusammengestoppelte Ansprache ohne jede Disposition darstelle. Ähnlich spricht sich die „Vossische Zeitung“ aus.

Die Budgetkommission des Reichstages

begann am Freitag mit einer Art Generaldebatte die Beratung des Marineetats. Staatssekretär v. Lepitz ver suchte nachzuweisen, daß unsere Schiffbaukonstruktion ihrer Aufgabe voll gewachsen seien. Daß man ausländische Kommissionen auf den Werften herumschleure, geschähe auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes. Ubrigens er halten die Fremden nur gezeigt, was fertig sei, wo es also keine Geheimnisse mehr zu bewahren gäbe. Wenn die Chinesen jetzt keine Aufträge mehr erteilen, so liegt das nicht daran, daß sie unsere Werke nicht für leistungs fähig halten, sondern es unterbliebe aus politischen Gründen.

Abgeordneter Pasche teilt mit, daß eine deutsche Werft einen Auftrag von einer kleinen fremden Macht er halten sollte. Die Firma Krupp habe es abgelehnt, die erforderlichen Panzerplatten zu liefern, um den Auftrag für die eigene Germaniawerft zu erhalten. Als sich dann die Firma wegen der Plattenlieferung nach England ge wandt habe, sei ihr von der englischen Firma der Bescheid geworden, sie gehöre mit der Firma Krupp zu einem Konzern und könne daher nicht nach Deutschland liefern.

Ausdehnung des Versammlungsrechtes

verlangt die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses. Sie hat beantragt, die Regierung möge Gesetzesvorlagen einbringen, nach denen der Ge brauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen allgemein gestattet wird und Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge nicht mehr genehmigt zu werden brauchen, sondern lediglich der öffentlichen Bekanntmachung bedürfen.

Ein neues Kontrollgesetz.

In der Budgetkommission teilte am Freitag der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Wermuth mit, daß der Bundesrat den neuen Gesetzentwurf über die Kontrolle bei den Reichsämtern gutgeheißen und daß der Entwurf in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehen werde. Es soll nur in der Begründung zuvor einiges ge ändert werden.

Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Die „Kreuzzeitung“ befaßt sich mit dem Aufruf, den Parteivorstand, Landtagsfraktion und Preussenausschuß er lassen haben und verlangt, die Regierung soll die in dem Aufruf enthaltenen Schmähungen nicht ruhig hinnehmen. Im Hinblick an diese schäbige Demagogie verfiert das Organ des unverschämtesten Junkertums: „Das „Junker tum“ ist der Damm, der der revolutionären sozialdemo kratischen Bewegung den kräftigsten Widerstand leistet; ihn zu durchbrechen, ist der sehnlichste Wunsch der Sozial demokratie. Ginge dieser Wunsch in Erfüllung, dann würde die Revolutionsbewegung ohne weiteren Aufenthalt zum Siege schreiten. Die konservative Partei wird es auch fernehin an nichts fehlen lassen, den Haß der Sozial demokratie sich zu erhalten.“ — Auch der Damm des Junkertums wird durchbrochen werden, dessen können die Herren sicher sein.

Ein unbekanntes Gesetz.

Der Breslauer Magistrat hat an den Landtag eine Petition gerichtet, in der um Aufhebung des § 1 des Gesetzes vom 11. März 1850 ersucht wird. Diese un bequeme Bestimmung stammt aus der Zeit der schlimmsten Reaktion und macht die Gemeinden für öffent liche Zusammenrottung in der Weise haftbar, daß sie den entstandenen Schaden zu ersetzen haben. Diese einseitige Wohltat für die Reaktion ist heute zur Plage geworden. Auf Grund dieser Gesetzesbestimmung ist nämlich die Stadt Breslau verurteilt worden, dem Arbeiter Bie wald, dem ein Schutzmann die Hand abgehakt hat, eine Rente zu bezahlen. Offenbar, damit die Schutzleute noch rückwärtslos zuschlagen können, wird nunmehr die Be seitigung dieses Gesetzes verlangt.

Wahlrechtsfreund Zentrum.

In einer auf Donnerstagabend von den Essener De mokraten einberufenen Wahlrechtsversammlung, an der sich auch die Sozialdemokratie beteiligte, lehnte die ultramonta ne „Essener Volkszeitung“ die Aufnahme eines Injunctes ab. Das tut dasselbe Blatt, bei dem sonst Geld nicht sinkt, das Blatt, in dessen Verhandlung man den „Ca viar-Kalender“ und ähnliche schöne „Erzeugnisse“ kaufen konnte, und das auch gelegentlich Streikbrecherinjerate nicht verschmäht.

Landrätliche Vielseitigkeit.

In der bürgerlichen Presse wird eine Statistik aufge macht über die Nebenämter, die von den preussischen Land räten bekleidet werden. In solchen Nebenämtern sind die Landräte, wie folgt, tätig:

1 als kommissarische Polizeidirektoren, 1 als Schiff fahrtsdirektor, 3 als Hafenpolizeidirektoren, bezw. als Vor sizer und als Mitglied eines Hafenausschusses, 4 als Strand hauptmänner, 4 als Vorsitzender der Einkommensteuer Beranlagungskommissionen und Gewerbeauschüsse in Stadtkreisen, 4 als Verwalter von Domänenämtern, 3 als Kommissare bei iracktionären Vorstehern, 1 als Stell vertretter des Generaldirektors einer Landesfeuersozietät, 25 als Kreisfeuersozietätsdirektoren, 24 im Vorstande von Meliorations- und Deichgenossenschaften, 1 als Admini strator einer Musterleiche, 9 als Kurator bezw. Verwalter von Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten, 8 als Deich hauptmänner, 1 als Kassenturator des Domstrukturfonds zu Verden, 1 als Kurator einer Stiftskasse, 1 als Di rektor einer Spargasse, 1 als Kommissar einer Landesirren anstalt, 1 für Revisionsgeschäfte bei dem Salzwerke Steiten.

Nicht nur, daß damit der Einfluß der Landräte er weitert wird, fragen ihnen diese Nebenämter unter Um ständen auch hohe Bezüge ein. Weiter ergibt sich aber aus dieser Statistik, daß die Landräte keineswegs genü gend Arbeit haben in dem Amt, für das sie aus den Taschen der Steuerzahler bezahlt werden.

Berkehr mit Kraftfahrzeugen.

Vom Bundesrat sind jetzt die Ausführungsbestimmun gen zu dem Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai v. J. erlassen. Am wichtigsten sind die Be stimmungen über die Führung der Automobile. Die Er teilung der Erlaubnis zum Fahren eines solchen Fahr zeuges wird abhängig gemacht von dem Zeugnis eines

beamteten Arztes darüber, daß der Antragsteller keine körperlichen Mängel hat, besonders hinsichtlich des Seh und Hörvermögens, die seine Fähigkeit zur sicheren Führung beeinträchtigen. Die Ortspolizeibehörde hat ferner zu prüfen, ob etwa Tatsachen vorliegen — wie schwere Eigentumsvergehen, Neigung zum Trunk oder zu Ausschreitungen, besonders zu Rohheitsvergehen — die ihn als ungeeignet zum Führen eines Kraftfahrzeuges er scheinen lassen. Beim Polizeipräsidenten in Berlin wird hierzu für das ganze Reich eine Sammelstelle für Nach richten über Führer von Kraftfahrzeugen eingerichtet. Die Prüfung für den Nachweis der Befähigung zum Führen von Fahrzeugen ist eine theoretische über Material und Kenntnis der geltenden Vorschriften und eine praktische, bei der eine Probefahrt auf freier Strecke und eine mindestens einstündige Dauerfahrt vorge schrieben ist.

Aber das Mitführen von Anhängewagen sind ebenfalls genaue Vorschriften erlassen, bei deren Er füllung auch die Benutzung mehrerer Anhängewagen auf Grund polizeilicher Erlaubnis zugelassen ist. Kraftfahr zeuge, welche den Anforderungen der Bundesratsvorord nung nicht genügen, können jederzeit vom Befahren öffent licher Wege ausgeschlossen werden; ebenso kann Führern die erteilte Fahrerlaubnis wieder entzogen werden, wenn festgestellt ist, daß die hierfür geltenden Voraussetzungen nicht mehr vorhanden sind.

Osterreich-Ungarn.

Osterreichs Protest gegen die Schiffahrts abgaben. Die Abgeordneten Nagler und Genossen brachten im Niederösterreichischen Landtag eine Interpellation ein über die im Deutschen Reich geplante Einführung von Schiffahrtsabgaben und richteten an die Regierung die Frage, was sie zu tun ge denke, um von Osterreich im allgemeinen und von Nieder Osterreich im besonderen die wirtschaftlichen Gefahren, welche aus der geplanten Einführung von Schiffahrts abgaben auf den deutschen Strömen drohen, abzuwenden. In der Begründung der Interpellation wird ausgeführt, durch die geplante Reform würde die bisher freie Ausfalls porte des auswärtigen Handels nach den Nordhäfen dem administrativen Ermessen der ausländischen Regierungen preisgegeben. Im Landtage zu Brünn wurde ein An trag S m e c k, der sich gegen die in Deutschland geplante Einführung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe wendet, weil hierdurch Handel und Industrie auf das empfind lichste geschädigt würden, dem Wasserstraßenausschuß über wiesen.

Italien.

Die Trauerfeier für Costa. Die Kammer ver anstaltete zu Ehren ihres verstorbenen Vizepräsidenten Costa eine eindrucksvolle Trauerfeier. Sie wurde er öffnet mit einer warm empfundenen Gedächtnisrede des Präsidenten Marcora, die von der ganzen Kammer und den Ministern stehend angehört wurde. Marcora bezeichnete Costa als einen Mann, der sehr wesentlich da zu beigetragen habe, das italienische Proletariat politisch zu heben, und pries in warmen Worten seine Willig keit und seinen Opfermut. Damit erhoben sich hinter einander die Führer der Parteien, um auch ihrerseits durch kurze Nachrufe das Andenken unseres Ge nossen zu ehren. Zuletzt sprach der Ministerpräsident Sonnino. Darauf wurde eine achtstündige Trauer dekretiert und die Sitzung zum Zeichen der Trauer ausgesetzt. Die äußerste Linke beschloß, den Radikalen Sachini als Nachfolger Costas zum Vize präsidenten zu wählen.

Niederlande.

In der ersten Kammer wurde die Debatte über den angeblich vom deutschen Kaiser an die Kö nigin gerichteten Brief fortgesetzt, der die Dro hung enthalten haben soll, der deutsche Kaiser müßte die niederländische Gebiete besetzen, wenn nicht die Niederlande ihre Verteidigungsmittel gegen England in stand setzen würden. Der Minister des Äußeren er klärte unter Berufung auf seine ministerielle Verantwort lichkeit, die Königin habe niemals einen solchen Brief, noch ein Telegramm, noch eine Note, noch irgendein anderes Schriftstück betreffend die Verteidigungsmittel gegen Eng land erhalten, sie habe niemals eine Unterredung über dies Thema mit dem deutschen Kaiser gehabt, und niemals sei jemand im Auftrage des Kaisers an die Königin heran getreten, um hierüber zu sprechen. Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck hoher Sympathie für den deutschen Kaiser, dessen aufrichtige Freundschaft gegenüber Holland sich so oft und so deutlich gezeigt habe. Der Deputierte van Loebenfels fragte in Abwesenheit des Deputierten van Heeckeren, warum man denn, wenn im Jahre 1904 eine Gefahr fremder Einnischung nicht be standen habe, heimlich Maßnahmen ergriffen habe gegen einen plötzlichen Angriff. Die Regierung hätte besser getan, davon abzusehen, ihre un eingeschränkte Sympathie für Deutschland auszudrücken, da hier zwei Mächte in Betracht kämen. Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 12. Februar.

Achtung, Stuckateur und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stucka teur und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Lorkuhl in Räcknig (Zwischen weiser Mädel und Drehens) ist die Sperre ver hängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfs arbeiter darf dort Arbeit annehmen.

b. Die Forderung des Tages. Im höchsten Maße ganze sechzig Mann waren am Freitag zu der nationallibe ralen „Volks-Versammlung im Kongresshaus Jünshausen erschienen, um gleich zwei Vorträge über sich ergehen zu lassen. Ein Herr Dr. Rathje, seines Reichens national liberaler Parteisekretär für Schleswig-Holstein und Lübeck, sprach zuerst über die interpolitische Lage. Der Sachverhalt der Rede war ein Gejammer über die bösen Konservativen, Zentrumseule und Sozialdemokraten, welche die jetzige po litische Zerrissenheit in Deutschland herbeiführen haben. Die Nationalliberalen sind natürlich an der Finanzreform un schuldig; das versuchte wenigstens der Redner mit der

ehrlichsten Meene glauben zu machen. Das Steuerzahlen ist nach Ms Anschauung für jeden Bürger eine Pflicht für die Steuern, die das Reich jedem zuteil werden läßt. Die endlose Schimpferei auf die Konservativen hielt jedoch den Redner nicht ab, frohgemut zu behaupten, eine solche reaktionäre Partei sei außer der nationalliberalen notwendig. Die Wahlreform in Preußen bildete den weiteren ausschließlichen Punkt, um den alles mögliche gewickelt wurde, der Wahterrorismus der Reichler auf dem Lande nicht minder als der angebliche sozialdemokratische in den Städten. Die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen schlug R. glatt ab und setzte mit Entrüstung auseinander, was wohl geschehen würde, wenn dieses in Lübeck eingeführt würde. In den Ausführungen wurden alle schlechten Eigenschaften des Liberalismus bloßgelegt und die eigene Partei mit den Worten bewertet: Liberale und Freisinnige, wir sind Schafmähen alle zusammen. Den Trumpf warf dann Herr Wachenfeld, der zweite Referent, in den leeren Raum; eine geschlagene Stunde lang las der liebenswürdige Herr den geduldrigen Zuhörern seine politische „Weltanschauung“ vor und verfluchte die konservativen Sippe in Grund und Boden, die niemals dem Staate gab was ihm gebührte. Es war zum Schreien, als der Redner die Namen sämtlicher preußischer Könige aufzählte, die alle ohne Ausnahme gegen die Raubritter, wie Herr W. seine früheren Verbündeten nannte, einen schweren Stand hatten. Die Erfindungsgabe des Ver teidigers der Wansfelder Gewaltverhaftung war bewundernswert. Mit Vergnügen nahmen wir wahr, daß Herr Wachenfeld zur Information über wichtige politische Fragen stets den „Lübecker Volksboten“ benutzte. Verschiedene Male nahm er ihn zur Hand, um die Schandthaten der Konservativen und des Zentrums zu beweisen. Wachenfeld ist ein guter Agitator für den „Volksboten“, diese Äußerung fiel von liberaler Seite während einer Pause. (Ebenfalls hat er uns schon manche vergnügliche Stunde geschenkt. Red.) Die Verdächtigungen gegen unsere Partei und die abfälligen Bemerkungen über die Nicht-Arbeiter-Führer schenken wir ihm. Nur eine handgreifliche Lüge sei festgesetzt; daß der „Vorwärts“ geschrieben habe, die Arbeiterpartei müsse den siebenten Teil ihres Verdienstes an die Partei und Gewerkschaft entrichten. Mit noch mehr Offenheit als sein Vorredner legte W. die schwachen Seiten der liberalen Parteien dar, sodaß ein liberaler Diskussions redner Paulsen auftrat und behauptete, die langatmigen und traurigen Ausführungen Wachenfelds seien unangebracht, es sei im engen Kreise wiederholt ausgesprochen worden, Wachenfeld sei das Schreckenskind der liber alen Parteien in Lübeck. Für die Freisinnigen fiel dann noch das Geständnis, sie seien jederzeit im zustimmen den Sinne für die Nationalliberalen in Lübeck eingetreten, aber Herr Wachenfeld löre immer wieder von neuem das gute Verhältnis, deshalb sei die erste politische Forderung des Tages, daß Wachenfeld vom politischen Leben zurücktrete. (Das wäre sehr bedauerlich! Redaktion d. L. V.) Der bedeutenden politischen Kraft Wachenfelds überreichte die Frauenrechtlerin Wagemann den Lorbeerkranz, als sie unter großer Beifall ausfuhrte, Herr W. habe heute genau das Gegenteil von dem ausgeführt, was er in der Frauenversammlung am 18. Januar gesagt habe. Sie sei heute zum erstenmal in einer öffentlichen politischen Versammlung, aber diese Art Politik sei ihr doch neu, Herr W. habe ihr ungeheurer Spaß gemacht. Um die Sache wieder gut zu machen, führte W. seine großen Taten an, die er während des letzten hiesigen Wahlkampfes vollbracht, und für die ihm Herr Klein persön lich gedankt habe. Im nächsten Wahlkampfe werde er seine schätzenswerte Kraft in doppelter Maße bewähren. Eine Kunde, welche die Lübecker Sozialdemokratie mit großer Freude begrüßt. Da gibt's doch wenigstens was zu lachen! Der erste Referent suchte den verfahrenen Karren wieder herauszuziehen, doch war es nichts anderes als der Worte viel, des Inhalts wenig. Für freies Wahlrecht sind beide nicht zu haben und die Frauen wurden mit glatten Sprüchen abgeschüttelt.

Der neue Komet ist nicht mehr sichtbar! Mitteilungen der Direktion der Sternwarte in Göttingen bestätigen, daß die Zeit, in der der neue Komet für das unbewaffnete Auge sichtbar war, nunmehr zu Ende ist, da seine Helligkeit an dauernd weiter abnimmt. Am 5. Februar war der Kern noch leicht mit dem Fernrohr zu finden. Mit bloßen Augen war er nicht mehr wahrzunehmen. Er ist überhaupt nur an einigen Abenden sichtbar gewesen, sonst verdeckten zurzeit seiner größten Helligkeit häufig Schneewolken den Himmel. So plötzlich und unerwartet er auftauchte, so schnell ist er verschwunden und vagebündelt nun wieder in unendlichen Fernen. Jetzt können wir des Hallschen Schweifsternes warten, dessen Erscheinen durch die astronomische Festlegung seiner Bahn bestimmt ist. Nach Ansicht einiger Himmels forscher werden wir mit unserem Erdball durch seinen Schweif hindurchlaufen, und der etwas zu phantastische französische Astronom Camille Flammarion verkündet, da die Kometen gase giftig seien, wie die alten mittelalterlichen Propheten, den plötzlichen Weltuntergang. Da andere und gewissen haftere Forscher diese Ansicht als der Phantasie entpungen und als direkt unwissenschaftlich bezeichneten, muß man die Sache erst mal abwarten. Unser Erdentloß ist bereits des öfteren durch einen solchen Kometenschweif hindurchgezogen, ohne daß es der alten Dame geschadet. Und so wird es auch weiter sein. Denn es wäre wirklich ein verspäteter großer Karnevals und Aprilscherz, wenn im sogenannten wunderbaren Monat Mai das Antlitz unserer Erde durch das giftige Parfum eines solchen Weltendummelanten verschmipft würde. Für ganz besonders ängstliche Gemüter sei aber ein beruhigender Vergleich hinzugefügt, wenn der auch zwar wie alle Ver gleiche etwas hinkt. Wenn man durch die Lichtstrahlen einer Laterne geht, passiert weder dem Käufer noch der Laterne etwas. Wen selbst dieses Beispiel nicht beruhigt, der kann die gefährliche Stunde in aller Ruhe verschlafen, denn sie tritt am 18. Mai, morgens 4 Uhr, ein.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der vierten vollen Woche des Monats Januar vom 23. bis zum 29. in den meisten deutschen Städten verschlechtert, zum Teil recht erheblich. So ist z. B. die Sterblichkeit in Berlin gegen die Vorwoche auf 1000 Ein wohner und aufs Jahr berechnet um 28 gestiegen. Auch sonst hat sie meist zugenommen. Sie betrug von den übrigen Städten mit mindestens 70000 Ein wohnern in Aachen 16,1, Altona 18,7, Augsburg 16,6, Bamern 9,5, Berlin —, Bielefeld 13,7, Bochum 15,6, Bonn 14,7, Braunschweig 13,0, Bremen 15,0, Breslau 17,9, Buxtehude 16,9, Charlottenburg 9,9, Chemnitz 16,2, Danzig 15,6, Darmstadt 10,6, Dortmund 13,3, Dresden 14,7, Deutsch-Wilmersdorf 10,5, Duisburg 11,0, Düsseldorf 11,0, Elberfeld 11,4, Erfurt 13,2, Essen 10,5, Götting —, Gießen —, Frankfurt a. M. 10,2, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 15,7, Hildesheim —, Hirschfeld 14,3, Oera —, M.-Gladbach —, Oldenburg —, Orlitz 14,0, Posen 10,1, Halle a. S. 14,0, Paderborn 13,4, Paderborn 15,2, Hannover 15,6, Hamburg —, Heilbronn —, Karlsruhe 14,4, Kassel 13,0, Kaiserslautern 13,1, Krefeld —, Kiel 8,2, Königsberg i. P. 15,1, Rostock 14,9, Koblenz —, Leipzig 11,9, Linden 15,2, Siegen —, Lübeck 16,1, Ludwigshafen 17,2, Magdeburg

Paris Wernicht Weiss Wohin



er sich wenden soll, um in den Besitz einer guten

Nähmaschine

oder eines guten

Fahrrades

zu kommen, sehe sich sofort mit der Firma

Heinr. Körner,

Gr. Burgstr. 15, Fernspr. 1685,

in Verbindung, Reelle Bedienung, weitgehendste Garantie, bequeme Teilzahlung.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Sonntag, den 13. Februar 1910:

Musikalische Abend-Unterhaltung

Ausschank ff. hiesiger Biere.

Täglic; Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr: 65 Pfg.

Spezialität: Frühstücks- und Abendplatte. Zivile Preise.

U. a.: Blut- und Leberwurst mit Bratkartoffeln 40 Pfg.

Mockturtle-Ragout 60 Pfg. — Rindfleisch warm 30 Pfg. — Eisbein mit Sauerkraut 80 Pfg.

Achtung Hafenarbeiter!

Gemeinschaftliche

Mitglieder - Versammlung

am Montag, dem 14. Februar 1910,

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes von 1909.

2. Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

3. Besprechung des Entwurfs zum Statut betreffend Zusammenschluß aller im Transportgewerbe organisierten Arbeiter.

4. Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse.

Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. — NB. Die Versammlung der Schauerleute fällt aus. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Der Vorstand.

Seefahrer-Krankenkasse (E.H.Nr. 16)

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, dem 27. Februar 1910, nachmittags 4 Uhr,

bei Herrn J. Jähns, Engelsgrube 59.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 26 des Statuts besonders aufmerksam.

Der Vorstand.

Konzerthaus „Flora“

Heute Sonntag, den 13. Februar:

Öffentlicher Maskenball.

Großer Kölner Karneval-Drubel.

Anfang 4 Uhr. — Maskenzug 7 1/2 Uhr. — Ende morgens.

In der Bauernschänke:

Großes Konzert.

Max Siems.

Maskengarderoben sind im Konzerthaus Flora zu haben.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

(Ortsverwaltung Lübeck.)

Einladung zum

Winter - Vergnügen verbunden mit Kappen - Fest

am Dienstag, 15. Februar 1910,

im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße 25.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang des Balles 8 Uhr. Ende morgens.

Eintritt für Herren 60 Pfg.

Das Komitee.

Schweinegilde St. Lorenz und Umgegend.

Ball und Kappenfest

am Sonntag, 13. Februar 1910

im Lokale des Herrn Kühn, „Hansa - Halle“.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Um 10 Uhr: Kappenspolenase. — Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.



Sonntag,

den 13. Februar:

Tanzkränzchen

in nachstehenden Lokitäten:



Konzerthaus Fünthausen.

Großes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Wakenitz Bellevue

Heute, Sonntag: Tanzkränzchen. Mus. v. Darm. Klub Doreley. H. Fürbörter.

Friedrichshof.

Großer Tanz. Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei.

Central-Hallen.

Große Tanz-Musik. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

FLORA.

Großer Maskenball. Anfang 4 Uhr.

Louisenluft.

Gr. Tanzmusik. Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: Tanz.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag: Tanz.

Waisenhof.

Morg. Sonntag Großes Tanzkränzchen Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Konzerthaus Harmonie

110 Süßstr. 110.

Oester. Dan. Orchester

Waldglöckchen 6 Dam. 2 Herr.

Auf vielfachen Wunsch: Morg., Sonnt. 13. Febr.

4. Bockbierfest

Kappen u. Lieder gratis. Eintritt frei. Anf. 4 Uhr.

Hansa-Theater

Vom 13. Februar. Täglich 8 1/4 Uhr.

Mimische Schönheitstänze

ausgeführt von Johanna und Mara Tabu

vom Kgl. Hoftheater München und Coliseumtheater, London.

Vorher: Das sensationelle Spezialitätenprogramm.

Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Sonntag, 13. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr.

Der Andere.

Schauspiel von Paul Lindau.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Rod. Rohlfmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 13. Febr. Nachm. 3 Uhr. Außer Abonnement. Kleine Preise.

Die Fledermaus.

Operette von Joh. Strauß. Sonntag, 13. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr.

Tief land.

Musikdrama von Eug. d'Albert. Montag: Das Konzert. Lustspiel von Germ. Bahr.

Einladung

zur

Feier des 70. Geburtstages

unseres Genossen

August Bebel,

des verdienstvollen Mitbegründers der deutschen Sozialdemokratie, bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert, Festrede, Deklamationen, leb. Bildern u. Gesangsvorträgen, am Dienstag, dem 22. Februar.

Anfang präzise 8 Uhr abends.

Eintritt 25 Pfg.

Eintritt 25 Pfg.

Einen recht zahlreichen Besuch erwartet

Das Komitee.

NB. Karten im Vorverkauf: Im Parteisekretariat, im Gewerkschaftshaus, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, bei Carl Wittfoot, bei Gustav Ehlers, bei Heinrich Radde, beim Barbier Franz Kuhr, bei den Distriktsführern und Komiteemitgliedern.

Restaurant „Zum Schlachthof“

Schwartauer Allee 70b.

Sonntag, den 13. Februar:

Einweihung meines renovierten Lokals.

Eisbein mit Sauerkraut. ff. Bockwurst. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Fernruf 1804.

F. Lecke.

Zentral-Verband der Schmiede.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

Winter - Vergnügen

verbunden mit Kappenfest

am Sonntag, 13. Februar 1910

im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr. — Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei; einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 6. März:

Zweite öffentliche Volksmasterade.

Metropol-Theater

Lübeck

Breitestraße, Ecke Huxstr.

Erstklass. Licht- u. Tonbild-Bühne.

Das neue Programm dieser Woche:

Der Friedensengel. Großes Drama.

Colombo und Umgebung. Kolorierte Naturaufnahme.

Niemand will Zeuge sein. Humoristisch.

Durch Heldenmut versöhnt. Drama.

Die Trohätta-Fälle. Naturbild.

Ein erfrischendes Bad. Humoristisch.

Feuer in der Prärie. Prachtvolles Drama.

Der Topfgucker. Humoristisch.

In der Musikstunde. Großartig koloriertes Trickbild.

Die beiden geprüften Verehrer. Reizend humorist. Bild.

My Yankee dandle boy. Amerikanisches Tonbild

sowie die Neuheiten dieser Woche.

Der Herr Major vor seinen Vorgesetzten.

Wie gestern bereits berichtet, fand am Donnerstag im Dreiklassenparlament die erste Lesung der sogenannten Wahlrechtsvorlage statt. Nachstehend geben wir die Rede wieder, mit der Major Bethmann-Hollweg die Vorlage zu begründen versuchte.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg erhebt sich nach Eröffnung der Sitzung. In diesem Augenblicke rufen die Sozialdemokraten lärmend: Psui, psui! Volksverräter! (Verwirrung und große Unruhe.) Vizepräsident Dr. Vorsch schwingt die Glocke. Rufe rechts: Raus, raus! Erneute Rufe der Sozialdemokraten: Psui, psui!

Vizepräsident Dr. Vorsch: Ich bedaure, daß einem Mitgliede der preussischen Staatsregierung ein solcher Empfang zuteil geworden ist. (Weiterkeit bei den Soz., Erneute große Unruhe. Ein Wähler erster Klasse auf der Zuhörertribüne ruft seinerseits: Raus, raus!)

Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg: In übereinstimmung mit der Ankündigung der Thronrede vom 20. November 1908 legt die Regierung dem Hohen Hause des Reichstages vor, keiner Partei zuzulassen oder zuzulassen. (Stürm. Gelächter links. Zuruf der Soz.: Mit Ausnahme der Junker!) In Sucht nach Popularität leidet die Regierung nicht. (Lachen links.) Von keiner Erwähnung läßt die Regierung sich bestimmen. (Erneute Lachen.) Hinter unseren sachlichen Verfahren darf nicht Unschärfe oder Angilität vermutet werden. (Lautes Lachen links.) Unsere Vorlage steht in Übereinstimmung mit der in der Thronrede bekundeten Willensmeinung Seiner Majestät.

Die Sozialdemokraten wollen mindestens das Reichstagswahlrecht auf Preußen übertragen. Aus ihnen spricht der nackte Wille zur Macht. (Rufe b. d. Soz.: Wir wollen nur Gerechtigkeit. Lachen rechts.) Die Sozialdemokraten betrachten die Wahlrechtsfrage nur als eine Stufe auf ihrem Unternehmungswege. Auf diesem Wege werden wir den Herren nicht folgen. (Abg. Vorkmann (SD.): Sie werden schon müssen. Gegenrufe rechts: Ruhe, Ruhe!) Ihre Agitation und Ihre Rassisten bleiben völlig wirkungslos auf die Entschlüsse der Staatsregierung. (Abg. Vorkmann (SD.): Abwarten! Stürmische Rufe rechts: Ruhe, Ruhe!)

Vizepräsident Dr. Vorsch: Ich bitte um Ruhe. Es wird doch auch ein sozialdemokratischer Redner das Wort erhalten. Sie müssen auch die Ordnung respektieren, die Sie für sich wünschen. (Laut. Rufe rechts. Stürm. Rufe rechts: Zur Ordnung rufen!) Die Geschäftsordnung gibt leider kein Mittel an die Hand, um gegen ein solches Benehmen vorzugehen. (Stürm. Rufe rechts: Raus, raus!)

Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg fortfahrend: Beim Zentrum und beim Freisinn scheint mir nicht die Sucht nach eigener Herrschaft, sondern ethische und theoretische Motive die Forderung nach dem Reichstagswahlrecht zu veranlassen. Das Zentrum wird bei keinem Wahlrecht besonders verlieren oder gewinnen. Höchstens würden beim Reichstagswahlrecht die Persönlichkeiten wechseln. Dem Freisinn wird kein Mensch vorwerfen, daß er bei seiner Forderung eigennützige Zwecke verfolgt. (Weiterkeit rechts.) Der Freisinn hat seine glänzenden Zeiten beim Dreiklassenwahlrecht in den letzten Jahren erlebt, und damals wurde er doch von einem Bismarck bekämpft. Heute verbannt nur ein einziges Mitglied der Freisinnigen Vereinigung des Abgeordnetenhauses seinen Sitz einer Majorität auch in der dritten Wählerklasse. (Hört, hört! rechts.) In dem Ringen um die Gunst der Massen wird der Freisinn hinter der Sozialdemokratie um mehrere Pferdelängen zurückbleiben! (Laut. Zustimmung rechts.) Es sei denn, daß der Freisinn so demokratische Töne anschlägt, wie sie den Vertretern des gebildeten fortgeschrittenen Bürgertums nicht anstehen. (Unruhe bei den Freisinnigen würden die Schwächung der Konservativen erreichen,

aber lachender Erbe wäre die Sozialdemokratie. (Laut. Zustimmung rechts.)

In den Streit über die Vorzüge und Nachteile einzelner Wahlrechte will ich mich hier nicht einlassen. Zu praktischen Ergebnissen würde eine solche Diskussion doch nicht führen. — Auch der gemäßigtere Liberalismus, der im Prinzip für das Ruralwahlrecht ist, wünscht eine Reform des Landtagswahlrechts! Das ist nicht bloß Stimulanz, wenn auch die Suggestionkraft im Zeitalter der Zeitungen groß ist. (Weiterkeit rechts. Unruhe links.) Mir scheint aber die Hauptbedeutung der Wahlrechtsfrage darin zu liegen, daß sie zu einer Formel aller politischen Unzufriedenheit und politischer Mißstimmung geworden. (Zuruf bei den Soz.: Mit Recht.) Darum hat sich auch die Wahlrechtsfrage so tief emacriert. „Reaktion“, „Bureaucratismus“, „Polizeiregiment“, „Agrarierium“, „agrarischer Feudalstaat“, „Junkerium“ — alles das soll mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Bei uns herrscht eine politische Vitterkeit vor, wie sie trotz aller heftigen Wahlkämpfe England nicht kennt. So wurde auch in den Konflikten aus Anlaß der Reichsfinanzreform persönliche Verstimmung hineingetragen. Nun gibt es im Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände empfunden werden und wirklich Mißstände sind, und von einer radikalen Reform dieses Wahlrechts erwartet man den Wechsel aller Dinge. Aber das ist eine Täuschung. Wichtiger als die Theorie ist die Praxis. Das Dreiklassenwahlrecht mißt nicht feudalistisch. Es hat nacheinander fortschrittliche nationalliberale und konservative Mehrheiten ergeben. Man sagt daß das Abgeordnetenhaus eine die niedrigen Stände bedrückende einseitige und plutokratische Politik betreibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man stellt Preußen als Land der finsternen Reaktion hin. (Rufe bei den Soz.: Das ist Preußen auch! Heft. Widerspruch rechts.) Man soll dieser Farce einmal ins Gesicht sehen, die schließlich im In- und Auslande als lebendiges Wesen angesehen wird. Dies Häufen von Schimpf und Schande, dies Beschmutzen des eigenen Namens ist abgeschmackt und unwürdig. (Laut. Zustimmung rechts. Gelächter links.) Das preussische Steuerwesen befolgt die Tendenz, die Vermittelten zugunsten der Unbemittelten stärker heranzuziehen. (Lachen links.) Dagegen hat der Reichstag, das Parlament des demokratischen Wahlrechts, die Reichsfinanzreform beschlossen, gegen die doch gerade die Linke die heftigsten Vorwürfe erhebt, die ich freilich nicht für begründet erachte. Gegen die Arbeiter, die Staatsarbeiter namentlich ist das preussische Parlament sich seiner Pflicht stets bewußt gewesen. (Schallende Gelächter bei den Soz.) Ich erinnere ferner an die preussische Selbstverwaltung. (Minutenlanges Weiterkeit links, Rufe links: Wo gibt es denn die?) Normal mögen ja die Liberalen manches an der Selbstverwaltung zu tadeln haben; aber materiell ist doch an der aewaltigen positiven Kulturarbeit der preussischen Selbstverwaltung nicht zu zweifeln. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Und was den angeblichen Polizeistaat anbetrifft, so gibt es keine Gesetzgebung, die so minutiös wie die preussische den Rechtsstaat auszubilden sucht. (Schallendes Lachen links.) Wir haben sogar schon ein Zwielf an Schutz gegen die Polizei. (Große Weiterkeit bei den Soz.) Also wie kann man im Ernst dem preussischen Staat mit dem preussischen Parlament rücksichtliche Tendenzen vormeifen? Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigte Liberalismus die preussische Gesetzgebung, an der er selbst so hervorragend mitgearbeitet hat, für rückständig hält und der konservativen Partei im ganzen rücksichtliche Tendenzen zuspricht. Allerdings behaupten die Herren, daß die Regierung in der Verwaltung in der Gesetzesanwendung die Konservativen sehr bevorzugt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) In Preußen aber, bei dem starken Königtum, das wir hier haben, (Lebhaftes Bravo! rechts.) sowie im Reiche, wo schon die Stellung des Bundesrats das verhindert, ist eine Parteiregierung einfach unmöglich. Das preussische Königtum ist ein Königtum für alle! (Weiterkeit bei den Soz.) Auch die konservative Partei will und muß ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung wahren, wie die Regierung ihre Unabhängigkeit gegenüber

den Konservativen wahr. (Weiterkeit links.) Die Herren von der Linken behaupten, daß die politischen Beamten und besonders die Landräte den Konservativen bei den Wahlen Handlangerdienste leisten (Lebhaftes und wiederholtes Sehr richtig!) und andere an der freien Ausübung des Wahlrechts verhindern. (Erneute lebhaftes Zustimmung links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates. (Zuruf bei den Liberalen: Sollte er sein! Zuruf bei den Sozialdemokraten: ein Diener der Junker! — Lärm rechts.) Allgemein bekannte Grundsätze (Zuruf bei den Liberalen: die nicht befolgt werden) schreiben den politischen Beamten die Vertretung der Regierungspolitik gegenüber allen Parteien vor. Wenn sich die politischen Gegenstände — Gott sei Dank ist das nicht der Fall — dazu auszuweichen sollten, daß ein Beamter seine Macht politisch mißbraucht, so kann das für den Staat nur verhängnisvoll sein. Es würde das in der Verankerung die Treue und Liebe zum Staate gefährden, ohne welche Preußen nicht leben kann. Einen solchen Mißbrauch mißbillige ich auf das entschiedenste. (Lautes Lachen links.) Lachen Sie nicht immer; wenn Sie nichts Besseres wissen, dann schweigen Sie lieber. (Stürmischer Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Unsere Landräte sind mit den wirtschaftlichen Interessen ihres Kreises so verwichen und gehen so in der Arbeit für diese Interessen auf, daß es ein Unrecht ist, Ausnahmen, die überall vorhanden, der Allgemeinheit zur Last zu legen und von einzelnen Mißbräuchen auf den Geist zu schließen, der in der Verwaltung herrscht. Noch ein Wort über den Vorwurf, der hiermit in Zusammenhang steht. Man sagt das preussische Beamtenamt sei verknöchert. Der Geist eines Beamtenamtes wie das preussische ist nicht willkürlich, nicht zufällig. Er ist mit der Geschichte geworden, mit der Entwicklung des Staates, bei der das Beamtenamt keine unwürdige Rolle spielte. Die Entwicklung hat dem preussischen Beamtenamt die strenge und vielfach barsche Art gegeben, durch den es das Ertrugene behauptet. (Beifall rechts.) Nicht immer hat dieser Geist sich gehalten, gerade nach seiner besten Zeit, nach den Steinischen Reformen, erlarrte er bald in Bureaucratismus. Der staatliche nationale Organismus Preußens kann nur erhalten werden, wenn er von freiem und vorurteilslosem Geiste erfüllt ist. (Lachen links.) Diese Ausführungen sollen keine Vorrede sein auf die preussische Verwaltung. Ich habe ja auch auf die Mängel hingewiesen, die zu ihrem Teile schuld sind, an dem Mißmut, der weite Volkskreise erfüllt. (Lachen links.) Unter diesem ganzen Mißmut steckt das unbefriedigte Gefühl, daß wir nach dem Ausschwingen ins kulturelle in einer Periode der Stagnation befinden. (Sehr richtig!) Die Mißstimmung verlangt eine Reform des preussischen Wahlrechts. Man soll sich aber nicht in der Hoffnung wiegen, daß der Anfang zu allem Guten gefunden sei, wenn erst das preussische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft ist. Die Fragen der politischen Kultur und Erziehung reichen viel weiter als die Form des Wahlrechts. Ich behaupte, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet wird. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Die Zeit, wo das Parlament die politische Bildung des Volkes ausmachte, ist vorüber.

Welchen Anteil nimmt denn das Volk an der laufenden sachlichen Arbeit der Parlamente? Die Stimmungsbilder der Presse machen häufig den Eindruck, als seien sie Berichte über eine Theaterdarstellung. (Weiterkeit.) Die Wette, die ein Minister anhat, spielt eine größere Rolle, als die sachliche Verhandlung. (Große Weiterkeit.) Am leistungsfähigsten wird es aber, wenn ein Abgeordneter einen recht temperamentsvollen Angriff unternimmt und womöglich ein paar Ordnungsrufe erntet. (Große Weiterkeit.) Man soll also nicht behaupten, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt unseres gesamten politischen Lebens steht.

Ich will nun in allgemeinen Zügen auf die Grundlagen der Reform eingehen. Mir wurde mehrfach vorgehalten, nur eine gründliche Liberalisierung des Wahlrechts könne eine weitere Stärkung der Sozialdemokratie verhindern. Erstens ist aber die Furcht ein schlechter Ratgeber und zweit-

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kiehlund. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(12. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Kammerherr Delphin, den der Großhändler durch seine Bekanntschaft mit dem Minister herangezogen hatte, tanzte äußerst selten. Er sei zu alt — sagte er selbst — und nur ausnahmsweise machte er ein Tanzchen mit einer der jüngeren verheirateten Frauen, die in seinen jungen Jahren gefeiert wurden. Als er aber die Gebärde sah, mit der Hjorth sich umdrehte, ging er durch den Saal, verbeugte sich vor ihr und bat um einen Tanz.

Sie wurde ganz rot und sah ihn mißtrauisch an, denn sie wußte, wie gerne er die Leute zum besten haben mochte. Er hatte aber schon ihre Ballkarte genommen und sich die Francaise nach Tisch ausgebeten, so daß sie es ihm nicht gut abschlagen konnte, obgleich sie das Liebfest getan hätte.

Dieser Vorfall erregte Aufmerksamkeit im Saal. Die Damen steckten die Köpfe zusammen und lüchelten. Silba Bennenchen fühlte sich unglücklich, und in ihrer Verwirrung ward sie häßlicher denn je. Sie nahm ihre Zuflucht zu Luise, die in einem Anfall von Verzagttheit Karoline Hjorth ihre Not klagte.

Einige Herren, die gleichfalls bemerkt hatten, daß der Kammerherr Fräulein Bennenchen zum Tanze aufforderte, glaubten, dies sei ein ungemein feiner Witz und beeilten sich, ein Gleiches zu tun. Gegen alle Gewohnheit ward so Silbas Ballkarte schnell besetzt und zu ihren Tänzern gehörten sogar mehrere der fashionabelsten Kavaliere.

Der Ball ward mit einer Polonaise eröffnet; voran schritten der Wirt und Frau Bennenchen — der Minister war noch nicht gekommen.

Daniel ist um diese Zeit so furchtbar überhäuft mit Arbeiten, entschuldigte die Frau Minister.

Auch Konsul Lind ward nicht zum Ball erschienen, so daß der Großhändler bei ziemlich schlechter Laune war. Diese besserte sich aber zusehends während der Promenade durch den Saal, denn der Anblick war in der Tat brillant.

Der Kammerherr mochte nun sagen, was er wollte von

„Olsons Saal“ — ein hübscheres Tanzlokal war kaum in der Stadt zu finden. Und als die lange Reihe von gepuhten Damen und Herren sich unter der prächtigen Musik langsam durch den Saal bewegte, strahlten die Augen des Großhändlers vor Stolz.

Es war eine große Menge von Uniformen und dekorierten Persönlichkeiten, von Großhändlern, Bankiers, Professoren, Kammerherren und ausländischen Konsuln da, ein Überfluß von großen, wohlklingenden Titeln, in denen der Wirt förmlich schwelgte, während er bei der Polonaise die Frau Minister unterhielt.

„Wie hübsch Ihre Sophie heute Abend ist,“ sagte sie mit gewinnendem Lächeln.

„Es ist mir sehr angenehm, daß Sie das finden, auch mir scheint es, aufrichtig gesagt, daß Sophie etwas Distinguiertes an sich hat.“

„Gerade, was ich sagen wollte —“ versetzte die Frau Minister, während sie in ihrem stillen Sinn über ihn lachte.

Nun fühlte Falk-Olsen sich verpflichtet, das Kompliment zu erwidern und begann, sich mit Entzücken über Silba Bennenchen auszusprechen, die eben mit einem älteren Herrn, einem Lehrer oder dergleichen, sich der Polonaise anschloß.

„Ach nein — sparen Sie sich die Mühe,“ rief die Frau Minister, „unsere Silba kann sich leider nicht ihrer Schönheit rühmen.“

„Aber gnädige Frau, ich finde — im Gegenteil —“ stammelte der unglückliche Mann.

„Sie sind gar zu gütig, Herr Falk-Olsen,“ sagte die gnädige Frau mit gezwungenem Lachen und der Großhändler begriff, daß er eine große Dummheit begangen habe.

Als aber Alfred Bennenchen sich bald darauf zeigte, ergriff er die Gelegenheit, sein Versehen wieder gutzumachen, indem er den jungen Mann über die Waagen herausstrich, und es ward ihm die Genugtuung, daß die Frau Minister mit lebhaftem Interesse seine Komplimente anhörete, während sie ihren jüngsten Sohn dabei keinen Moment aus den Augen ließ.

Der erste Walzer schleppte sich steif und langweilig hin, obgleich die Musik ausgezeichnet war und der prächtige, mit Weiß und Gold dekorierte Saal in einem wahren Lichtmeer strahlte. An der einen Seite floßen kleine Kabinette an den

Saal, lauschige, halbdunkle Schlupfwinkel, wo — wie die Frau Minister sagte — die Füße ruhen und die Herzen sprechen konnten.

Alfred tanzte mit einer vollkommen zur Situation passenden Miene — wie ein Steinklopfer, der uns tägliche Brot arbeitet. Sein Freund Hjorth machte es ebenso, und es lag überhaupt auf den meisten Herren ein Ausdruck finsternen Ernstes. Nur einige ältere, verheiratete Männer, die mit den jüngsten Mädchen tanzten, machten den Eindruck, als ob sie sich im Schwelge ihres Angesichts amüsierten.

Nach jedem Tanz flüchteten die Herren in die entlegeneren Räume, wo verschiedene Getränke serviert wurden. Ward dann ein neuer Tanz angemeldet, so legten sie die Zigarren mit verdrießlicher Miene weg und spülten große Gläser Punsch oder Kognak mit Wasser hinunter, als ob sie eine Tour in der kältesten Winternacht antreten sollten. Dann schleppten sie sich nach dem Saal hin, einen leichten Duft von Tabak und Wein mitführend.

Der Ball nahm seinen Fortgang, aber etwas schwerfällig, wie dies in den ersten Stunden so zu sein pflegt.

Es ist noch nicht genug geheizt worden, murmelte der Wirt und ließ größere Quantitäten Punsch heranzubringen.

Alfred Bennenchen war unruhig und geheimnisvoll. Wenn jemand ihn fragte, welche Dame er zum nächsten Tanz engagiert habe, antwortete er ausweichend. Sein Freund Hjorth entdeckte sogar, daß er zu mehreren der ersten Tänze gar nicht engagiert habe. Alfred schien auf etwas zu warten.

Der schreckliche Hans war endlich gekommen; Luise hatte ihn flüchtig gesehen, als sie an ihm vorüberlief. Sie hatte in seinem bleichen Gesicht ihr Urteil gelesen und sie fühlte sich wie vernichtet. Der junge Kandidat Smith aber, mit dem sie tanzte, erzählte so viele spannende Szenen von einer Fußtour in Jotunheim, daß sie jeden Augenblick ihr Glend vergaß. Und als sie eine Weile ihren Verlobten nicht mehr erblicken konnte, hülfte sich ihr Gemissen in etwas ein, das, wie sie wußte, Hans „Sündensicherheit“ nennen würde.

Aber als der Tanz vorbei war, ging sie zu Karoline Hjorth, die eine Kusine ihres Verlobten war, und beschwor sie bei ihrer Freundschaft, Hans aufzusuchen und ihm vorzustellen, daß man sie gezwungen habe, sich zu putzen; sie sollte ihn bitten, ihr nicht böse zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

ten wird die Sozialdemokratie nur mit einem Wahlrecht zufrieden sein, welches sie zur Macht bringt.

Die Regierung kann nur eine Reform vorschlagen, welche an das historische Gewordene anknüpft, das, was seine innerliche Berechtigung mehr hat, beseitigt und Vorsorge trifft, daß das zu Erhaltende sich nicht zu schädlichen Formen auswächst. Dieser Wille ist die Regierung in dem Entwurf nachgekommen. Wenn man Bismarck zum Kronzeugen für eine radikale Reform des Wahlrechts anruft, so ist das eine grenzenlose historische Voraussetzungslosigkeit. Er selbst hat in dreißigjähriger Tätigkeit nichts daran geändert.

Von den einzelnen Bestimmungen der Vorlage will ich nur einen Punkt, einen negativen kurz hervorheben. Der Entwurf hält fest am öffentlichen Wahlrecht, um dessen willen ist er von vornherein für unbrauchbar, unwirksam und unanständig erklärt worden. (Sehr richtig! links.) Bis in die gebildeten Kreise der Bürger hinein hat man die Einrichtungen des eigenen Staates mit diesem Votum zu belegen beliebt. Das öffentliche Wahlrecht hat so gut seine Vorteile wie Nachteile wie das geheime. Wir haben das öffentliche. Sollen wir davon abgehen, so müssen wir überzeugt werden, daß das geheime theoretisch und praktisch für Preußen das absolut bessere ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Geheimheit der Stimmabgabe, so meint man, soll dem Wähler ermöglichen, in voller Unabhängigkeit seiner politischen Überzeugung Ausdruck zu geben. (Sehr richtig! links.) Man soll den Begriff der Unabhängigkeit nicht überreiben. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen. Es ist dies die gottgegebene Abhängigkeit, von der Bismarck immer spricht — einmal sprach. Diese Abhängigkeiten begleiten den Wähler auch in die Stimmzelle des Wahlraums, und es ist Wunsch jeder Parteileitung, daß ihre Angehörigen sich dieser Abhängigkeit recht lebhaft erinnern. Es ist aber ein Irrtum, wenn man behauptet, die Abhängigkeitsverhältnisse in wirtschaftlicher sozialer und rechtlicher Beziehung seien in gegenwärtiger Zeit stärker als damals, als das preussische Wahlrecht eingeführt wurde. Im Gegenteil, das patriarchalische Verhältnis von damals zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist zum Teil mehr vorhanden. Wer im praktischen Leben steht, weiß, daß namentlich der Arbeiter immer unabhängiger geworden ist, und wie darüber hinaus alle Unabhängigkeiten des Lebens in ihrer Wirkung geschwächt sind.

Die geheime Stimmabgabe schafft noch keine Unabhängigkeit. Sie verhilft unteuher dazu, alle geistig schwächeren Wähler unfrei zu machen gegenüber den Einflüssen materieller Instinkte und persönlicher Bestimmungen und dergleichen. Darum hat die Sozialdemokratie beim gleichen Wahlrecht so viel mehr Mitläufer. Darum ist sie, die doch sonst den Fanatismus der Öffentlichkeit hat, eine so begeisterte Anhängerin des geheimen Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie, die immer nüchterne und praktische Realpolitik treibt, schätzt also die Hilfe, die ihr aus den Mitläufern bei der geheimen Wahl erwächst, höher ein als die Hilfe, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt. Denn daß die Sozialdemokratie Terrorismus in sehr viel größerem Umfang treibt als irgend eine andere Partei, das ist hier und in der Presse des öfteren ausgeführt. (Lebh. Zust. rechts, Abg. Liebknecht (Soz.): Psst!)

Vizepräsident Dr. Borsch ruft unter lebhaftem Beifall der Rechten den Abg. Borgmann zur Ordnung, bittet ihn aber um Entschuldigung, da ihm schon gesagt wird, daß der Abg. Liebknecht „Psst“ gerufen hat, nimmt den Ordnungsruf gegen den Abg. Borgmann „mit Bedauern“ zurück und ruft nunmehr den Abg. Liebknecht unter lebh. Beifall der Rechten zur Ordnung.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg fortfahrend: Die Rechnung der bürgerlichen Parteien ergibt sich hiernach von selbst: Unter dem Schleier der geheimen Wahl gibt mangelndes politisches Verantwortlichkeitsgefühl geheimen Einflüssen nach, zu denen es öffentlich sich nicht zu bekennen mag. (Lebhafter Beifall rechts.) Aus diesen Gründen hält die Regierung an der überkommenen Öffentlichkeit der Wahl fest. (Lebh. Beifall rechts.)

Die Vorlage hat nun Interesse weit über Preußens Grenzen hinaus wachgerufen. Ich bin der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß, wenn ich die Stimmen mit Entschiedenheit zurückweise, welche dem Reiche eine Kontrolle über das zusprechen, was wir hier beraten und beschließen wollen. (Lebh. Beifall rechts.) Vielfach wird gefordert, daß unsere konstitutionelle Entwicklung in verschiedenen Bundesstaaten homogene Bahnen einschlagen müsse. Das ist eine dogmatische Forderung ohne Verständnis für Deutschlands Geschichte und Kultur. Wir können und wollen die Eigenart der bayerischen, schwäbischen und sächsischen Stämme, und wie sie alle heißen, nicht missen, ihre Eigenart, die sich nicht nur in den Sitten der Bevölkerung, sondern auch in den politischen Formen der Staaten ausdrückt. Aber ebenso soll man uns auch nicht unsere preussische Eigenart verkümmern. (Lebh. Beifall rechts.)

Ich will aber nicht sagen, daß etwa in Preußen auf alle Dauer alles beim alten bleiben müsse, daß überlebtes erhalten und verfeinert werden müsse, Preußen muß sich im Zusammenhang mit der ganzen deutschen Entwicklung erhalten. Wenn Sie — und damit will ich schließen — bei der Beratung der Wahlrechtsfrage neben dem agitatorischen Beiwerk auch solche Gesichtspunkte, wie ich sie eben angegeben habe, zu ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie Beschlüsse fassen, die dem Wohle nicht nur Preußens sondern auch des Deutschen Reiches dienen. (Sturm. Beifall rechts, Zwischen b. d. Soz. Erneut. Beifall rechts.)

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 11. Februar 1910.

33. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Heeringen.

Militäretat.

Die zweite Lesung des Militäretats wird fortgesetzt beim Kapitel: Kleidung und Ausrüstung der Truppen.

Dr. Goerke (M.) begründet eine nationalliberale Resolution auf Vorlegung einer Denkschrift über Organisation und Kosten des Militärkleidungswesens.

Kriegsminister v. Heeringen sagt eine solche Denkschrift zu.

Dr. Faßbender (Z.) wünscht stärkere Berücksichtigung der Handwerker und Handwerkerergewerkschaften.

Stücklen (Soz.): Wir können der Resolution zu, und werden bei der dritten Lesung eine Resolution beantragen, die sich auch auf andere Beträge erstreckt. In alle Betriebe muß hineingeleuchtet werden. Trotz der schlechten Finanzlage des Reiches wird das Geld einfach auf die Straße geworfen. Besonders ärgert mich bei der Kavallerie gewirkt zu werden. Die Zahl der Stabsoffiziere in den Bekleidungsämtern läßt sich wesentlich einschränken. (Beif. b. d. Soz.)

Erzberger (Z.) erkennt die Kritik des Vorredners als berechtigt an und spricht sich ebenfalls für die Resolution Wassermann aus.

Albrecht (Soz.): Statt der Offiziere sollte man Fach- und Kaufleute bei den Bekleidungsämtern anstellen. Es scheint, daß die Offiziere von den patriotischen Lieferanten tüchtig eingeseift werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Armeeverwaltung sollte bei der Vergebung von Arbeiten auf die Einhaltung der tariflichen und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen dringen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Jetzt läßt die Militärverwaltung leider mit Vorliebe ihren Bedarf in den tuberkulösen Herden der Hausindustrie anfertigen. Sie sollte sich wahrhaftig mehr um die gesundheitlichen Verhältnisse der Werkstätten kümmern. Ferner sollte die Verwaltung der übermäßigen Ausbeutung der Dromedierhandwerker entgegengetreten. Es ist nicht vereinzelte, daß Regimentsknecht bei einem Stundenlohn von 7 Pf. 10 Stunden hindurch arbeiten. Mäße der Kriegsminister wie den Handwerkern so auch den Arbeitern Wohlwollen entgegenbringen. (Bravo! b. d. Soz.)

Wiederberg (Z.) wünscht, daß den Heimarbeiterinnen, aber möglichst mit Umgehung der Zwischenmeister, Arbeit von den Bekleidungsämtern geliefert werde.

Sommer (Fp.) wünscht, daß die Heeresverwaltung das Wort vom goldenen Boden des Handwerks zu Ehren bringe. Die kostspieligen Paradeuniformen sollten beseitigt werden.

Kriegsminister v. Heeringen tritt im Interesse der Poesie für die Paradeuniform ein. (Lautes Lachen links.)

Rauli-Rotsdam (K.) bezeichnet die Handwerksmeister als die Seele der Bekleidungsämter. Um die Löhne, die die Unternehmer zahlen, kann sich die Militärverwaltung nicht kümmern. (Widerpruch b. d. Soz.)

Albrecht (Soz.): Wenn die Militärverwaltung mehr Arbeit in eigene Regie nimmt, so werden viele Heimarbeiterinnen Beschäftigung finden.

Wiederberg (Z.): Es gibt viele Heimarbeiterinnen, die nicht in die Fabrik gehen können. Diesen sollte die Heeresverwaltung direkt Arbeit zuweisen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Garnisonsverwaltung“ wenden sich die Abgg. Dr. Götze (M.) und Erzberger (Z.) gegen die vom Abg. Werner (Unt.) gewünschten Verbesserungen verschiedener Militärbeamtenkategorien. Nach der vorjährigen großen Gehaltsaufbesserung müsse erst einmal Ruhe eintreten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Ersatz- und Reservemannschaften usw.“ wendet sich.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.) gegen die draconische Bestrafung von Personen des Beurlaubtenstandes wegen Vergehen gegen die verwickelten und für Laien oft kaum verständlichen Vorschriften. Durch solche Nadelstiche werde nur böses Blut gemacht. (Sehr richtig! links.)

Görhe (Fp.) fragt, ob ein Erlass vorliege, der eine schärfere Bestrafung solcher Vergehen vorschreibt.

Oberst Wandel: Ein solcher Erlass existiert nicht.

Götze (Soz.) befragte die Ausführungen des Abg. Müller-Meinungen. Auch ihm sind Fälle bekannt, in denen wegen leichter Vergehen, die aus Unkenntnis erfolgten, sofort zu verbühende Arreststrafen von 48 Stunden verhängt wurden. (Hört, hört! links.)

Das Kapitel wird bewilligt. Zum Kapitel Reisegebühren zc. hat die Budgetkommission eine Resolution angenommen, welche nur eine Kontrollversammlung im Jahre wünscht.

Racke (Z.): Die Befolgung der Resolution liegt im Interesse der Landwirtschaft und der Industrie.

Götze (M.) hält namens seiner Freunde für bedenklich, daß nur eine Kontrollversammlung stattfinden soll.

Müller-Meinungen: Meine Freunde werden der Resolution zustimmen, obwohl sie vom Zentrum stammt. (Heiterkeit.)

Stücklen (Soz.): Trotz der Abstriche betragen die Reisegebühren in diesem Kapitel 12 Millionen, dazu kommen noch Gebühren in 23 anderen Kapiteln. Es wäre interessant, die ganze Summe zu erfahren. Es wird im Heere viel zu viel gereist. Ein kommandierender General erhält 35 Mark pro Tag. Es ist auch unhaltbar, daß angeklagte Offiziere für die Reise zum Gericht Tagegelde bekommen. Überflüssig scheinen auch die vielen Reisen von Offiziersdeputationen zu Verordnungen ins Ausland zc. Ich muß einen Fall, der schon im Vorjahre erwähnt wurde, noch einmal zur Sprache bringen. Ein General, der in Döberitz sein mußte, hatte nur Kommandogelder zu beanspruchen, wenn er seinen Stab mitgenommen hätte. Zu diesem Zwecke ließ er einen Schreiber und eine Ordnonanz in Berlin zurück, obwohl alle Arbeiten in Döberitz verrichtet wurden. Derselbe Herr liquidierte, als er zum General befördert wurde, Umzugsgelder, ohne umgezogen zu sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Im vorigen Jahre wurde vom Bundesratsstisch der Vorgang für unmöglich erklärt. Inzwischen hat die Untersuchung alle meine Angaben bestätigt. (Hört, hört! bei den Soz.) Jedenfalls ist dieser Herr eine eigene Art von Vorgelegter. (Bravo! bei den Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Die Liquidation des Generals war im Einklang mit der Gebührenordnung. Seine Umzugsquittation war auch im Einklang mit den Bestimmungen, die nun allerdings geändert sind: der General hat diese Gebühren auch zurückgezahlt.

Schöpflin (Soz.): Die Kontrollversammlungen sind keineswegs so überaus notwendig, wie die Militärverwaltung behauptet. Auf das, was dort verlesen wird, hört doch kein Mensch. Außerdem werden Sie zur politischen Propaganda für die Kriegervereine mißbraucht. Diesem Unfug muß ein Ende gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Stücklen (Soz.): Wenn das Verhalten des Generals der Gebührenordnung entsprach, muß sie schleunigst geändert werden.

Hierauf wird die Resolution und das Kapitel angenommen.

Beim Kapitel „Militärisches Erziehungs- und Bildungswesen“ ergreift das Wort

Gummel (Soz.): Trohden mir für das militärische Bildungswesen mehr als 4 Millionen Mark ausgegeben, sind unsere Offiziere auf dem Gebiete der Verfassungs- und Rechtskunde recht mangelhaft unterrichtet. Selbst der Kriegsminister sagt, die Offiziere hätten lediglich zu gehorchen. Das ist falsch, nach § 47 des Strafgesetzbuches wird ein Untergeordneter als Teilnehmer bestraft, wenn ihm bekannt war, daß der Befehl ein Verbrechen betraf und im § 81 wird ausdrücklich mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, wer die Verfassung eines Bundesstaates gewaltsam zu ändern unternimmt. Es ist notwendig, daß die Mannschaften wissen, wieweit sie Befehlen Folge zu leisten haben; bei einer Situation, wie sie Herr v. Oldenburg jüngst hier voraussetzte, würden sie sonst in die Gefahr einer langwierigen Zuchthausstrafe kommen. (Sehr richtig! links.) Wird übrigens die Verfassung von oben her angegriffen, dann besteht sie auch nicht mehr für die Masse des Volkes, dann hat auch der Fahnenstich keine Geltung mehr. (Lebh. Zust. links, gr. Unruhe rechts.) Die Junker haben also gar keine

Ursache, solche Dinge, wie Herr v. Oldenburg, an die Wand zu malen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen, lehne ich ab. (Bravo! rechts, Lachen b. d. Soz.)

Lebedour (Soz.): Diese Phrase ist allgemach abgefaulen. Damit ist nichts widerlegt. Die von Gummel angestellte Frage ist im höchsten Grade aktuell. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In der Debatte, die sich an das bekannte Pronunziamento des Herrn v. Oldenburg angeschlossen, erklärte der Kriegsminister die Stellung der Offiziere zum Kriegsherrn sei eine andere als die der Beamten, der Fahnenstich werde nur auf die Person des Monarchen geleistet. (Sehr richtig! rechts.) Der Kriegsminister sprach weiter davon, daß es in schweren Zeiten zum Segen des Vaterlandes gewesen sei, daß die Offiziere den Fahnenstich nur dem Kriegsherrn zu leisten haben. Wenn er sich nicht deutlicher ausdrückt, bleibt der Verdacht auf ihm ruhen, daß er die Offiziere zum Verfassungsbruch habe anreizen wollen. (Unruhe rechts.) Aus der preussischen Geschichte ist mir nur ein solcher Fall bekannt, die Sprengung der preussischen Nationalversammlung im November 1848 durch den Major Herwarth v. Wittich. Bekanntlich folgte auf jenen Staatsstreich die Dekretierung des Dreiklassenwahlrechts, das gegenwärtig der preussische Major von Bethmann-Hollweg zu reformieren vorgibt. (Unruhe rechts, Glocke des Präsidiums.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Es ist üblich, die Würdenträger des Reiches bei ihren zivilen Titeln zu nennen. (Zustimmung rechts, Lautes Lachen links.)

Lebedour (Soz.): Ich meine, der Herr Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg legt Wert darauf, als Major geküßt zu werden. (Große Heiterkeit links.) Denn bei Parlamentsöffnungen erscheint er in Majorsuniform. (Sehr gut! links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich nahm an, daß Sie den Reichskanzler nur im Scherz als Major bezeichnet haben.

Lebedour: Sehr richtig, Herr Präsident! Doch hat der Reichskanzler selbst zu solchem Scherz Veranlassung gegeben, weil er auf die Würde seines Amtes so wenig gibt, daß er bei Parlamentsöffnungen die Majorsuniform anlegt. (Sehr gut! links.) Wenn damals der Kriegsminister nicht ins Blaue hineingeredet hat, so kann er nur die Vorgänge vom November 1848 im Auge gehabt haben. Dann aber läßt seine Rede auf dasselbe hinaus wie das Pronunziamento des Herrn v. Oldenburg. (Rufe rechts: Zur Sache!) Das gehört zum Militärbildungswesen und solche Dinge wären unmöglich, wenn die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten über die Grenze militärischer Disziplin besser aufgeklärt wären. (Sehr gut! links.) Wir werden übrigens auf den wichtigen Gegenstand noch zurückkommen.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe nur Tatsachen ohne Schlussfolgerungen angeführt. Ich hatte kein Beispiel aus Preußen im Auge, sondern eine aus meiner engeren kurheffischen Heimat. (Sturm. Heiterkeit links und Kurufe: Welches denn?) Das mag Herr Lebedour in den kurheffischen Verfassungskämpfen nachlesen.

Lebedour (Soz.): Ich frage Sie auf Ehre und Gewissen, wer von Ihnen hat bei den Worten des Kriegsministers, daß die Stellung der Offiziere durch den Eid dem Kriegsherrn gegenüber eine andere ist, als die der Beamten, und daß die dadurch gegebene klare Situation in vielen Fällen zum Segen des Vaterlandes gewesen ist, auch nur gehabt, daß er auf das ehemalige Kurheffen anspielte. (Sturm. Heiterkeit.) Das hat keiner von Ihnen geglaubt. Daß der Kriegsminister daran gedacht hat, muß ich ja jetzt glauben, wenn es mir auch schwer fällt. Um aber erweisen zu können, wie weit dies Beispiel auf die gegenwärtigen Verhältnisse paßt, muß ich ihn doch bitten, das Beispiel zu nennen und mich nicht einfach auf die kurheffische Geschichte zu verlassen. Wenn Sie ein für das Verhältnis der deutschen Offiziere zum Kaiser und König schlagkräftiges Beispiel anführen können, dann heraus mit der Sprache! (Lebh. Sehr gut! links, Unruhe rechts.) So viel weiß ich übrigens auch aus der kurheffischen Geschichte, daß unter allen deutschen Staaten kein so elendes, niederträchtiges monarchisches Regiment gewesen ist wie in Kurheffen. (Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ein solcher Ausdruck ist auch auf ein verstorbenes Herrschergeschlecht unzulässig. (Gr. Heiterkeit links.)

Lebedour (fortfahrend): Die kurheffische Geschichte ist ein Schandfleck für Deutschland. Die kurheffische Regierung hat das Volk unter Verfassungsbruch ausgebeutet. (Zuruf: Sie waren Seelenverkäufer!) und der Kriegsminister hat dem Ministerpräsidenten und Reichskanzler sowie dem deutschen Kaiser einen schlechten Dienst erwiesen, als er sich zur Rechtfertigung ihrer Stellung auf die kurheffische Geschichte berief. (Sehr gut! links.) Ich wünsche, daß die Parallele noch weiter geht, und daß die Gewaltthaber in Preußen, die sich bekommen lassen, das Volk so zu behandeln, wie es die Gewaltthaber in Kurheffen taten, dasselbe Schicksal erleiden wie diese. (Sturm. Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Debatte ist geschlossen. Lebedour (Soz.): Und das kurheffische Beispiel? (Der Kriegsminister schweigt.) Also auch der kneift! (Sehr gut! links.)

Das Kapitel wird bewilligt. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. (Außer dem Stellenvermittlungsgesetz. Schluß: 2 1/2 Uhr.)

Aus der Partei.

Eine treffende Illustration zum Polizeiregiment, die den Protest gegen Junkerwillkür und Polizeiregiment nur zu sehr rechtfertigt, ist der neueste Erlass des Frankfurter Polizeipräsidenten. Er hat die auf nächsten Sonntag im Zoologengarten zu Frankfurt geplante Volksversammlung unter freiem Himmel a. b. m. verboten. Die Vorlegung Frankfurts hat sich die Begründung des Verbots sehr leicht gemacht. Es wird einfach bezug genommen auf den Beschluß, der am 15. Januar eine gleiche Veranstaltung unterlagte. „Es sei nach den in der letzten Zeit in sozialdemokratischen Versammlungen gemachten Erfahrungen die Befürchtung begründet, daß mit der Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel Straßendemonstrationen verknüpft sind, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden.“ Die Frankfurter Arbeiter-schaft wird nunmehr in zwanzig Sälen zu Versammlungen zusammenzutreten, um gegen die unerhörte Behandlung zu protestieren.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifbewegung in der Dielefelder Konfektion. In Dielefeld haben die Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen in einer hart besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, am Mittwoch den Arbeitgeber Forderungen zu unterbreiten. Für Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen soll eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für Heimarbeiter eine solche von 15 Proz. verlangt werden. Für Bügler und Zuschneider werden Minimalslöhne von 26 Mk. pro Woche gefordert, für im Lohn

beschäftigte Schneider 24 Mk., für Arbeiterinnen als Mindestlohn von 15 Mk. pro Woche. Es ist ferner die Forderung auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises gestellt, sowie auch auf tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Lohnverhältnisse sind sehr verbesserungsbedürftig, werden doch Löhne für Bläler und Zuschneider von 20 bis 21 Mk. pro Woche bezahlt. Arbeiter oder Arbeiterinnen, die ohne Einwilligung des Arbeitgebers ihr Arbeitsverhältnis lösen werden von ihrem Arbeitgeber, der Mitglied des Unternehmerverbandes ist, eingestellt.

Die Wuppertaler Färberbewegung. Nachdem die Streikenden bis jetzt einmütig im Kampfe beharrten, beschloß der Verein der Färber- und Bleichereibesitzer, am Donnerstag sämtliche Arbeiter ihrer Betriebe auszusperrn. Die Färber- und Bleichereibesitzer drohten sogar damit, daß die Aussperrung auch auf Betriebe verwandter Berufe ausgedehnt werden solle. Und das alles, weil die in Frage kommenden Arbeiter ihren knappen Lohn um 1 Mk. pro Woche aufgebessert und den Sonnabendnachmittag frei haben wollen.

In der Dingertfabrik Neutranz in Salzwehel reichten die Arbeiter Lohnforderungen ein, die eine mäßige Erhöhung der Akkordpreise bedeuten. Verhandlungen wurden von der Firma abgelehnt und darauf verwiesen, daß die Sache dem Arbeitgeberverband unterbreitet werden müsse. Eine darauffolgende Sitzung des Arbeitgeberverbandes verlief resultatlos. Die Firma wollte nach dem Lohnreduktionen vornehmen. Als Antwort auf diese Provokation erfolgte die Arbeitsinsetzung. In Frage kommen 92 Arbeiter. Daß die Polizei auch hier auf dem Posten ist, um die Interessen der Unternehmer zu schützen, geht aus einem Brief hervor, den verschiedene Arbeiter von der Firma erhalten haben und in dem es heißt:

„Sie brauchen sich durch die Arbeiter des sogenannten Verbandes nicht einschüchtern zu lassen, dieselben dürfen Ihnen nichts tun, und der Weg zur Fabrik ist zunächst morgens, mittags und abends durch Polizei besetzt.“

Vor Zutritt nach Salzwehel wird gewarnt.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Nachdem die Arbeiten der einzelnen Verbände so weit erledigt waren, traten beide Verbände zu gemeinsamer Tagung zusammen. Als Vorsitzende werden von den Maurern Bömelburg und Silberschmidt und von den Bauhilfsarbeitern Wehrendt und Fischer ernannt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Gemeinsame Beschlüßfassung über die Verschmelzung“ geben zunächst Bömelburg und Wehrendt das Resultat der Abstimmungen über die Verschmelzung bekannt. Dann wird mit allen gegen 11 Stimmen die Gründung eines gemeinsamen Verbandes beschlossen. Zur Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der beim Verband beschäftigten Mitglieder wird eine Kommission von zwölf Mitgliedern ernannt. Über den Punkt „Übergangsbestimmungen“ hält Wehrendt (Damburg) das einleitende Referat. Als Grundsatz müßte auch im neuen Verband gelten, daß nur die beschäftigten Kollegen an die verantwortlichen Plätze gestellt werden. Wehrendt erläutert die einzelnen Abschnitte der Übergangsbestimmungen. Der Verbandstag stimmt sämtlichen Übergangsbestimmungen ohne Debatte zu. Über die sonstigen Anträge der Verbände vorstände spricht hierauf Bömelburg (Damburg). Es wird in der Vorlage bestimmt, daß der Verband in demselben Verhältnis zu den allgemeinen nationalen und internationalen Arbeiterbewegungen stehen soll, wie sie über der Zentralverband der Maurer Deutschlands und der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Dasselbe gilt für das Verhältnis zur Internationale der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen. Ausgesprochen wird ferner, daß der Verband immer bereit ist, eine Verschmelzung mit den Verbänden der Dachdecker, Stuckateure und Zimmerer einzugehen. Solange noch mehrere Verbände baugewerblicher Arbeiter bestehen, wird der Verband bemüht sein, mit den Bruderorganisationen gemeinsam an der Lösung gemeinsamer Aufgaben zu wirken. Da die bestehenden Kartellverträge durch die Verschmelzung formell als aufgehoben zu betrachten sind, so wird der Verbandsvorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß mit den Verbänden, die bisher zu den vereinigten Verbänden im Kartellverhältnis standen, bis zum 31. Dezember 1910 neue Kartellverträge, die den neuzeitigen Verhältnissen Rechnung tragen, abgeschlossen werden. Den Bestimmungen wird ohne Diskussion zugestimmt. In dem neuen Verband ist die Errichtung einer literarischen Abteilung in Verbindung mit der Redaktion geplant. Nach den Vorschlägen über die Mitgliedslegitimationen im Deutschen Bauarbeiterverband sollen die Mitglieder bei ihrer Aufnahme in den Verband eine Interimslegitimation (Karte oder Buch), die zur Vertragsquittierung auf 2 Jahre einzurichten ist, erhalten. Nach Ablauf dieser Frist erhält das Mitglied unentgeltlich ein Mitgliedsbuch ausgestellt. Der Verbandstag stimmte dem zu. Bei dem Punkte „Wahlen zum Gewerkschaftskongress“ beantragen die Vorstände, 30 Delegierte zu entsenden. Und zwar vier von dem Verbandsvorstand je einen von dem Verbandsausschuß und der Redaktion des „Grundsteins“ und 24 weitere Delegierte, die durch die Mitglieder zu wählen sind. Für diese Wahl sollen acht Wahlabteilungen gebildet werden. Jede Wahlabteilung hat drei Delegierte zu wählen, von denen mindestens einer dem Stande der Hilfsarbeiter angehören muß. Dem Vorstandsantrag wird zugestimmt. Die Einteilung der Gauen wird in der Weise vorgeschlagen, daß 21 Gauen gebildet werden. Die bisherigen Gauen Breslau und Oberschlesien des Maurerverbandes werden aufgehoben und dafür ein Gau für die Provinzen Ost- und Westpreußen gebildet. Vertreter der Provinz Oberschlesien wenden sich gegen die Aufhebung ihres Gaues. Die Vorlage des Hauptvorstandes wird mit großer Mehrheit unverändert angenommen. Dann wird in der fünften Abendstunde noch in die Statutenberatung eingetreten.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1909. Schon im Krisenjahre 1908 gehörte der Bergarbeiterverband zu den wenigen freien Verbänden, die keine Mitgliederbindungen zu verzeichnen hatten. Für das abgelaufene Jahr 1909 ist nun erfreulicherweise schon zu konstatieren, daß der Verband rund 8000 Mitglieder gewonnen hat, die Mitgliederzahl dürfte somit etwa 120000 betragen. Dabei ist der Bergbau nicht von der Krise verschont geblieben, die sich allerdings weniger in einer Verminderung der Gesamt-Förderung bemerkbar machte, als vielmehr in einem Sinken der Kohlenpreise und dadurch herbeigeführten erheblichen Sinken der Bergarbeiterlöhne. Wurden doch allein in drei Quartalen des Jahres 1909 die Löhne um über 36 Millionen Mark gekürzt. Solche Lohnrückgänge sind der Entwicklung eines Verbandes nicht gerade förderlich, sie müssen aber auch besonders auf die Finanzlage des Verbandes unglücklich einwirken. Dennoch liegen die Einnahmen um rund 50000 Mark gegenüber dem Vorjahr, davon entfällt etwa die Hälfte auf Mehrerlöse aus Beiträgen. Aber eine Million, doppelt so viel wie im Vorjahre, sind allein an Unterstützungen gezahlt worden! Darunter rund 421 000 Mk. für Streikunterstützung, 88 000 Mk. für Gemäßigtenunterstützung und die hohe Summe von 92 000 Mk. für Rechtschutz, Prozeßkosten und Strafen. Für Kranken-

unterstützung wurden 318 000 Mk. und für Arbeitslosenunterstützung 88 000 Mk. verausgabt. Der Vermögensstand betrug zusätzlich eines Vermögenszuwachses von 800 000 Mk. in der Hauptkasse rund 8 1/2 Millionen Mark. Die Bergherren haben mit der Einführung ihres Zwangsarbeiternachweises scheinbar in der Agitation für den Bergarbeiterverband geholfen, sind doch im letzten Viertel des Berichtsjahres Tausende von Mitgliedern erst beigetreten. Auch von den Wirkungen des Mansfelder Streikes vernehmen wir die frohliche Kunde, daß ein großer Prozentsatz der Mansfelder Belegschaft heute dem Verbands als Mitglieder angehören. Möge diese kräftige Entwicklung des Verbandes auch in diesem Jahre anhalten, um den von vielen Feinden umringten Verband jederzeit kampfbereit zu halten.

Die Stärke der Gewerkschaften in Paris. Einem Bericht des Pariser Gewerkschaftsartikels, dem alle Pariser Organisationen der französischen Gewerkschaftszentrale Confédération Générale du Travail angehören müssen, entnehmen wir, daß dem Kartelle Ende 1906: 185, 1907: 209, 1908: 207, 1909: 185 Gewerkschaften oder Gewerkschaftssektionen angehörten. Die Zahl der angeschlossenen Mitglieder, für welche Beiträge entrichtet wurden, betrug 37 548 im Jahre 1906, 53 131 im Jahre 1907, 63 581 im Jahre 1908 und 73 000 im Jahre 1909. Es ist somit ein ständiger Fortschritt, auch in der Zeit der Krise, zu verzeichnen.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärische Unterschlagungen. Seit Dienstag voriger Woche wurde vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebataillon in Berlin gegen eine Anzahl Wachmeister wegen Unterschlagungen, die sie beim Ein- und Verkauf von Proviant begangen hatten, verhandelt. Das am Freitag vormittag gefällte Urteil lautet: Wachmeister Karstädt wird wegen Beihilfe zum Diebstahl zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, die Angeklagten Meyer, Wabbel und Müller wegen militärischen Diebstahls zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation, sowie Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Wruschke erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Hansel 6 Wochen Mittelarrest und Wachmeister Kautenberg wurde freigesprochen. Der Tatbestand der Anklage geht aus der Begründung kurz hervor: Im Dezember 1908 erkrankte ein Wache seinem Offizier Anzeige wegen Haverunterschlagungen. Es wurde Untersuchung eingeleitet, und ein Sergeant verurteilt. Gleichzeitig bestätigten sich die Gerüchte, wonach ein Müller, Engel, große Mengen Hafer von der Militärverwaltung abgeholt habe. Engel hat dann auch zugegeben, daß ihm von den Angeklagten gegen Entschädigung eine große Menge Hafer — circa 200 Zentner — zugesteckt worden ist. Bei der Abmessung der Strafe kam in Betracht, daß es sich um jahrelangen Veruntreuungen handelte.

Die Mansfelder Klassenjustiz hat sich wieder zwei Opfer geholt. Zwei Sechzehnjährige sind es, die seit dem 21. Dezember in Untersuchungshaft sitzen, weil sie zwei Arbeitswillinge mit Schlägen bedacht haben sollen. Die beiden Verurteilten Reinhold und Riedler aus Hettstedt waren nach Beendigung des Streiks wieder angefahren, hatten einen Arbeitswillingen gehöhnt und waren infolge Denunziation entlassen worden. Aus Ärger hierüber verprügelten sie die beiden Denunzianten, die nebenbei älter und kräftiger als die Angreifer waren. Der eine der beiden Verurteilten hat übrigens schon einer Reihe von Kameraden zu Gefängnisstrafen verholfen, es ist auch gegen ihn Anzeige wegen Weinedels erstattet. Die Angeklagten behaupten mit Entschiedenheit, daß die Gegner sie zuerst geschlagen resp. beschimpft hatten. Ihnen wird nicht geglaubt, wohl aber den Denunzianten. Sechs Monate wollte sie der Staatsanwalt ins Gefängnis bringen! Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hamerschlag-Magdeburg, ersuchte das Gericht, es wenigstens bei der ersten Untersuchungshaft bewenden zu lassen. Das Gericht versagte alle mildernden Umstände und verurteilte die beiden halben Knaben zu je vier Monaten Gefängnis! — Einen Monat Gefängnis erhielt ein Bergmann aus Wolmeck, der zwei Arbeitswillinge „beleidigt“ und getreten haben soll. Er und seine Frau bestritten, mit den nützlichen Elementen überhaupt zusammengekommen zu sein. In der Glaubwürdigkeit waren diese ihnen aber „über“. Mit diesen neun Monaten Gefängnis ist die Summe der Freiheitsstrafen über Mansfelder Streiksünder auf über 51 Monate Gefängnis gestiegen. Und dabei stehen die „schlimmsten Sachen“ noch aus. Den vormalig reichstreuen Knappen werden die Klassengegensätze unserer Zeit mit vernichtender Schwere eingemäht.

Ein bestraffter Kurpfuscher. Die Strafkammer zu Nordhausen verurteilte den Rentner Otto Schöge wegen Kurpfuscherei mit Todeserfolg zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und wegen Vertriebes von verbotenen Heilmitteln zu 90 Mk. Geldstrafe. Er hatte im vorigen Jahre durch Verabreichung von Sublimatpastillen den Tod einer Beamtenfrau verursacht.

Aus Nah und Fern.

Der Berliner Viehhof wurde am Freitag wegen ausgebrochener Maul- und Klauenseuche gesperrt.

Staatsstüchen. In Reisen (Provinz Posen) wurde der Bürgermeister Schalowsky, der Sohn eines Polizeikats aus Protoschin, wegen Betrugs, Unterschlagung und anderer Vergehen verhaftet. Zur Feststellung und Revision der von dem Verhafteten verwalteten Kassen ist ein Regierungskommissar in Reisen eingetroffen. — Der Bürgermeister Landmann in Niederseemen in Oberhessen, gegen den eine Anzeige wegen Urkundenfälschung und Veruntreuungen erstattet war, verübte Selbstmord durch Erhängen.

Ein blutiges Liebesdrama hat sich in Dresden in einem Hotel der inneren Altstadt zugetragen. Dort war am Donnerstag ein angebliches Ehepaar abgestiegen und hatte für zwei Tage ein Zimmer gemietet. In das Fremdenbuch trugen sie sich als Ingenieur-Freund und Frau aus Reichenberg ein. Sie begaben sich abends in ihr Zimmer. Freitag vormittag gegen 10 Uhr öffnete der Wirt, da in dem Zimmer sich niemand regte, die Tür und fand die junge Frau in einer Blutlache bewußtlos am Boden liegen. Sie hatte kurz vorher noch die Klingel gezogen. Auf dem Bette wurde der junge Mann, ebenfalls blutüberströmt, tot aufgefunden. Er hatte sich einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Die behördlichen Ermittlungen ergaben, daß der Tote der 21 Jahre alte Ingenieur-Freund, Sohn des Dachpappenfabrikanten gleichen Namens aus Neusalza war. Seine schwerverletzte Begleiterin ist die 17 Jahre alte Donath aus Goeda bei Baun. Das Motiv der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß infolge Einpruchs der Eltern eine Verbindung unmöglich war.

Ein gemeiner Streich. In Mühlheim a. Rh. verübte eine Bande dadurch großen Unfug, daß sie fünfmal die Feuerwehr requirierete, und dann, wenn die Wehr ausgezogen war, an andern Stellen Brand anlegte. In einem solchen Falle fiel ein großes Anwesen dem Feuer zum

Opfer. Die im Hause schlafenden Leute konnten mit knapper Not ihr Leben retten. Von den ruhelosen Burschen hat man keine Spur.

Opfer des Eises. Gestern nachmittag brachen auf dem Eise des zum Rittergut Berthelsdorf bei Dungenau gehörigen Teiches drei Arbeiterkiner im Alter von 13, 10 und 7 Jahren ein. Die Kinder ertranken, da das Unglück nicht sofort bemerkt wurde.

Hochwassermeldungen treffen namentlich aus Westdeutschland ununterbrochen ein. Der Rhein, die Ruhr und die Elbe folgen schnell; die Elbe er durchbrach in Oberhausen den Damm. Der Duisburger Innensee wurde für den Verkehr gesperrt. — Der Rhein ist bis Freitag vormittag 9 Uhr in Köln langsam bis zu einer Höhe von 6,75 Meter angestiegen, doch fällt er im oberen Laufe. Die Nebenflüsse und auch der Neckar fallen gleichfalls. — Die Seine ist in Paris in den letzten 24 Stunden 22 Zentimeter gestiegen. Heute wird ein weiteres Steigen um 20 Zentimeter erwartet.

Die Gewerkschafts-Dora. In Stuttgart dient seit langen Jahren im Gewerkschaftshaus eine ältere Wirtschaftlerin mit dem Namen Dora; sie wird von den Gästen allgemein Gewerkschafts-Dora genannt. In letzter Zeit brachte ihr der Briefträger auffallend viele Briefe, und da sie immer schweigsamer wurde, sagte endlich einer der Gäste den Mut, die alte Dienerin zu fragen, was ihr fehle. Sie schüttelte ihr Herz aus und verriet, daß sie fast alle Tage Briefe bekomme, aus denen sie nicht klug werde. Das eine Mal schreibe man ihr, sie solle drei Wagen Steine schicken, dann wieder bekomme sie eine Zahlungsaufforderung über Arbeitslohn, dann wieder eine Quittung, daß sie mehrere Tausend Mark bezahlt habe. Auch der Gast war anfänglich sprachlos, bis ihm ein Kuvert gezeigt wurde mit der Adresse: An die Gewerkschaft Dora, Stuttgart. Da ging ihm endlich ein Licht auf. Die Post hatte die Gewerkschafts-Dora mit der Unternehmerngewerkschaft Dora verwechselt, die in Stuttgart ein Bureau hat; und so kam es, daß die Briefe verschiedener Stadterwartungen und Bauunternehmer dem armen Mädchen zugestellt wurden.

Die Kaiserne als Krankheitsherd. Bei der 3. Kompagnie des 10. Infanterieregiments in Jngolstadt sind drei Soldaten an Genickstarre erkrankt. Ins Garnisonlazarett gebracht, sind zwei gestorben, während der dritte schwer krank darniederliegt. Umfassende Vorkehrungen gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit sollen bereits getroffen sein. Erst muß die Krankheit schwere Opfer fordern, dann trifft man „Vorkehrungen“!

Schweres Unglück. Am Kesselberg in Oberbayern ist der größte Teil des Steinbruchs der oberbayerischen Gipswerke Cöckeln der Filiale der Gipsfabrik in Craikheim eingestürzt. Von den dort beschäftigten Arbeitern wurden drei verwickelt und getötet.

Eine Miesenerbschaft. Aus Florenz wird gemeldet: Ein kleiner Depotbeamter des Credito Italiano untersuchte in den letzten zwei Jahren durch Checkfälschungen und falsche Buchführung 570 000 Lire. Zehn Mitangebeschuldigte, meist kleine Beamte anderer Banken, wurden verhaftet. Der Hauptankläger entfloh und ließ seine Familie im größten Elend zurück.

Untergang eines Dampfers. Der französische Dampfer „General Chanzy“ ist an der Nordküste von Mallorca untergegangen. Er lief mit voller Geschwindigkeit auf die Felsen von Cudabeta auf. Die Zahl der Verunglückten steht nicht genau fest. Nach eingetroffenen Meldungen nimmt man an, daß die Zahl der Opfer beim Untergang des „General Chanzy“ 164 beträgt. Zwei Gerettete erzählen, daß das Schiff im Kanal zwischen Minorca und Mallorca aufgelaufen sei. Das Schiff habe trotz des furchtbaren Sturmes die Fahrt fortsetzen können. Aber aus einer Ursache, die wohl niemals aufgeklärt werden wird, verkehrte der Kapitän die richtige Fahrtrichtung in den Kanal. Von diesem Augenblick an war das Schiff ein Spiel der Wellen. Der Passagiere, deren Zahl zwei Gerettete auf 87 angeben, bemächtigte sich eine furchtbare Panik. Als das Schiff aufstieg, entstand sofort ein mehrere Meter breites Loch, durch das das Wasser in Strömen eindrang. Das Schiff sank in wenigen Minuten. Unter den Passagieren befanden sich mehrere französische Offiziere und eine französische Artillerietruppe, die in Alger Vorstellungen geben wollte. Aus der Meldung des Konfuls von Palma ist zu ersehen, daß die Passagiere zumest aus Südfrankreich und Korsika stammten. Unter den Passagieren befand sich nur ein Deutscher.

Das böse Weispiel des Kinematographen. Von einer fesselnden und tragischen Suggestion, in der der Kinematograph drei Knaben zu einer phantastischen Greuelthat angereizt hat, werden aus Newyork nähere Einzelheiten berichtet. Drei italienische Schulkinder im Alter von zwölf und dreizehn Jahren waren in einem Kinematographentheater gewesen und sahen dort die Bilder von grauenvollen Szenen, in denen ein Missionar von Menschenfressern ermordet und verspeist ward. Die Kinder gruben sich so tief in die Phantastie der Kinder ein, daß in ihnen die Begierde erwachte, sich auch einmal als Menschenfresser zu versuchen. Sofort ward der Plan ausgeführt. An einer Ecke der 104. Straße, nahe an einem von unbewohnten Schuppen gebildeten Schlupfwinkel, nahmen die drei Burschen Aufstellung und warteten auf das erste Kind, das der Zufall ihnen in den Weg führen würde und das bei ihnen die Rolle des unglücklichen Missionars spielen sollte. Hinter einer Bretterwand brante der Schetterhaufen. Das Unglück führte den kleinen, neugierigen Joseph Jäger vorüber. Sofort stürzten sich die drei Verworfenen auf das arme Kind. Aller Widerstand und alle Schreie blieben erfolglos; in wenigen Sekunden hatte man den Knaben überwältigt und zum Schweigen gebracht. Ein heftiger Schlag auf den Kopf machte das Kind auf einige Sekunden ohnmächtig. Die drei jugendlichen Kannibalen fesselten ihr Opfer an Händen und Füßen und schleppten es zum Feuer. Der furchtbare Schmerz ließ den Jungen aus seiner Ohnmacht erwachen, er machte verzweifelte Anstrengungen, sich den Flammen zu entwinden, und sein Geschrei lockte endlich einige Frauen herbei, die aus einer benachbarten Kirche kamen und nun die drei jungen Mörder in die Flucht trieben. Man riß das Kind aus den Flammen und brachte es nach Hause, wo sofort für ärztliche Hilfe gesorgt wurde. Es hat so schwere Brandwunden erlitten, insbesondere an den Füßen, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach wohl sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird.

Der Parlamentarier in der Kirche. Ein etwas peinliches Erlebnis hatte jüngst, wie den „Daily News“ berichtet wird, ein angesehenen englischer Politiker. Bei einem Besuch in seinem Wahlkreis ging er eines Sonntags auch zur Kirche, wo er in einem Krustuhl Platz nahm und — als bald schlief einschummerte. Wahrscheinlich träumte er von einer Debatte im Unterhause, das für ihn mehr Interesse bieten mochte als sein tatsächlicher Aufenthalt im gegebenen Augenblick, und so fuhr er denn plötzlich hoch und rief mit Stentorstimme in die andächtig den Worten ihres Seelenhirten lauschende Gemeinde: „Ich bezweifle die Beschäftigkeit und beantrage Feststellung der Zahl der Anwesenden!“ Wahrscheinlich wurde indes diesem Antrag nicht stattgegeben.

Zu der eigenen Schlinge. In Birkade (Großherzogtum Hessen) wurde dem zum Bürgermeister gewählten Ultramontanen Fabrikarbeiter Kille vom Kreisamt die Bestätigung verweigert. Als Hauptgrund der Nichtbestätigung wird der Verzicht sozialdemokratischer Gesinnung angenommen, der aus dem Umstand hergeleitet wird, daß die Sozialdemokraten die Wahl ihres unterstützten. Alle ist aber wackelhafter Ultramontaner und Mitglied des katholischen Männervereins. Im liberalen Hessen ist es also schon so weit gekommen, daß der Verzicht sozialdemokratischer Gesinnung genügt, um eine Einschränkung des Staatsbürgerrechtes zu rechtfertigen. Die Zentrumspresse teilt über die Nichtbestätigung ihres Parteifreundes und spricht von Verstoß gegen den verfassungsmäßigen Rechtsgrundsatz: „Vor dem Gesetze sind alle Hessen gleich“. Dabei waren es aber gerade die Ultramontanen, die im Verein mit den Antisemiten und Nationalliberalen im hessischen Landtage von der Regierung kategorisch die Nichtbestätigung von Sozialdemokraten als Beigeordnete und Bürgermeister verlangten.

Eine Statistik der Welthäfen hat die amerikanische Handelskammer veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß New York jetzt an der Spitze der Welthäfen im Tonnengehalt der Schiffe für den Auslandsverkehr steht. Im Jahre 1908 waren es 12 154 780 Tonnen, was gegenüber dem Jahre 1898 eine Zunahme von 56 4 Proz. bedeutet. London nahm hingegen in den zehn Jahren von 1897-1907 22,4 Prozent, von 9 110 925 Tonnen auf 11 160 867 zu und sank

baute an die dritte Stelle, während sich Antwerpen mit einer Zunahme von 81 Proz., von 6 181 922 Tonnen auf 11 211 808 Tonnen, auf den zweiten Platz emporrang. In derselben Periode konnte Hamburg eine Zunahme von 82,7 Proz., von 6 090 515 Tonnen auf 10 888 583 Tonnen verzeichnen und damit die vierte Stelle einnehmen, während Liverpool 48,2 Proz., 8 167 429 Tonnen gegen 5 845 584 Tonnen gewann.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die preussische Wahlrechtswahl. — Klassenkämpfe in Ungarn. Von Eugen Wurga (Budapest). — Eindrücke aus den englischen Wahlen. Von J. B. Askov. — Der neue Strafgesetzbuch. Von Siegfried Weinberg (Berlin). — Literarische Rundschau: Hermann Fleischner, Sozialdemokratische Gemeindepolitik in Dresden. Von Dr. Chr. G. Barth. Unsere Schutzgebiete nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen. Von M. N. — Notizen: Friedrich Lehner f. Unsere Flugblätter! Von r. m. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden.

Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummer: stehen jederzeit zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 4 hat u. a. folgenden Inhalt: Zum 70. Geburtstag August Bebel's (Witb). — Bebel als Vorbild. — Bebel's Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Von A. Courady. Die Frau und der Sozialismus. Von Therese Schleginger. — Worte Bebel's. — Das erste Berliner Jugendheim. — Des Lehrlings Lebenszeit usw. — Beilage: Wie Bidder Hundertmark seinen Geburtstag auf dem Jahrmarkt feierte. Erzählung von W. H. Scharrelmann. — Das Handwerk hat einen goldenen Boden. Von Gustav Gellert. — Vom Wandern im Winter. (Skizzen). Von K. Wendemut. — Wie die Kleidung entstand. — Arbeitslosenversammlung. Großstadtbild von Gustav Krüger. Arbeitslos. Gedicht von Emma Bötz usw.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Mener u. Co. Sämtlich in Lübeck

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“



MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.

sind mit allerbestem Fleischextrakt hergestellt, und enthalten bereits feinste Gemüseauszüge sowie das nötige Kochsalz und Gewürz. Nur mit kochendem Wasser übergossen, gibt jeder Würfel sofort 1/4-1/2 Liter vorzüglicher Fleischbrühe.

Beim Einkauf achte man genau auf den Namen **MAGGI** sowie die Schutzmarke (Kreuzstern) und lasse sich nichts anderes aufreden!

Komitee- und Kommissionssitzungen

12. Distrikt.
Montag 8 1/2 Uhr im Lokale Neu-Lauerhof.

Unserm Kollegen Th. Gossaint nebst Frau zu ihrer Hochzeit die besten Glückwünsche.
Wie hebt immer noch Döit.

Ein Logis zu vermieten.
Ludwigsstraße 58.

Ein sauberes neues Damen-Maschinenstübchen zu vermieten.
Meierstraße 20 a.

Ein flotter sauberer Damen-Maschinenstübchen billig zu vermieten.
Kerfingstraße 28. Holstentor.

2 od. 3 Maurer gef.
Zu melden
Vau Behrens, Wakenisstr.

Laufmädchen.
Schuhwarenhaus Auguste Popp,
Breitestraße 7.

Suche ein junges Mädchen
z. Erlern. d. Schneiderei u. Mäntel-
arbeiten. Johannisstr. 42, III.

Am 15. Febr., nachm. u. 2-6 Uhr,
nehme ich wieder jg. Mädchen an
zur Erlern. der Schneid. auf eigene
Garderobe. Meierstr. 51, I.

Blockwagen zu kaufen gesucht
Angeb. m. Br. unt. H 50 an d. Grv.
Fahrrad mit Freilauf u. Mächr.
85 Mk., Mäntel u. Schlänche sehr
billig. Wakenismauer 5.

Brieftauben zu verkaufen.
Eteinraderweg 13.

Zu verkaufen eine gute Hiese,
welche Mitte März frisch milchend
wird. Emilienstr. 1. Holstentor.

Drei Saubere
Ferkel sind billig zu
verkaufen. J. Kläwer
Schwart. Allee 133.

Sonntag sind
Ferkel
zu verkaufen.
Zum roten Löwen.

Gelegenheitskauf.
Eleg. neue Herren- und Jünglings-
Anzüge, Wert bis 42 Mk. 16.50.
jeder Anzug z. Ausstich. Mt.
Beckergrube 24.

Brautstücke u. Kränze
empfehlen von den billigsten bis zu
den elegantesten. Wie sie kann zu-
gegeben werden.

D. Wagner, 8 Solistenstraße 8.

Salon-Briketts 100 Pfd. 1.10 Mk.
frei Haus
bei Bestellung genügt Postkarte.
C. Prestin, Wakenisstraße 33

Merztlicher Sonntagsdienst
am Sonntag 13. Febr. (von 11 Uhr ab):
Dr. med. Busch, Geibelplatz 12.
Dr. med. Pée, Königstraße 69.
Dr. med. Dinkgraeve, Mois. Allee 22

Auf
Kredit
Möbel
für 150 Mk. Anzahl. 15 Mk.
" 200 Mk. Anzahl. 20 Mk.
" 300 Mk. Anzahl. 30 Mk.
" 450 Mk. Anzahl. 45 Mk.
Betten, Bettdecken,
Teppiche, Gardinen,
:: Tischdecken ::

Anzüge u. Paletots
Serie I Anzahl. 8 Mk.
Serie II Anzahl. 10 Mk.
Serie III Anzahl. 12 Mk.

H. Kesten
17 Holstenstr. 17, I.

Zigarren
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
HEINR. HAGEMSTEIN
Königsstraße 85

Es ist Tatsache, daß ich die meisten
Verlobungsringe an meine
Arbeiter-Kundenschaft verkaufe.
G. Greutzfeld, Goldschm. Sandstr. 4.

Adolf Höbner Uhrmacher u. Gold-
arbeiter. Köhnhau. 13

Kapital jeder Art u. Höhe an jed.
Mann, Hypoth., Darlehn, Betrieb.
A. Reiche, Breitestraße 51,
II. Etage, Treppe 2.

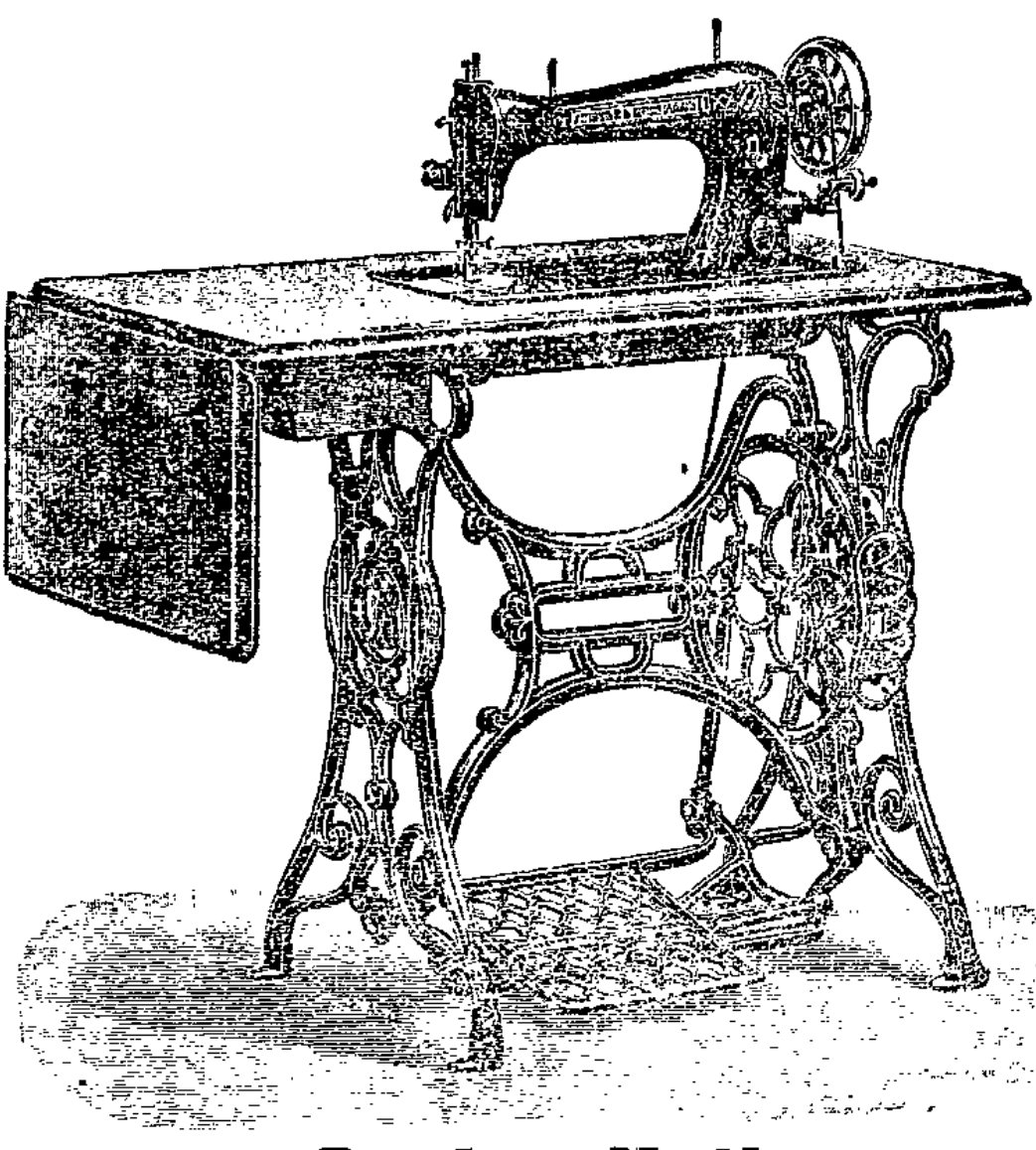
Salon-Briketts 100 Pfd. 1.10 Mk.
bei Abnahme von 10 Ztr. a 1.00 Mk.
frei Haus. Bei Bestell. gen. Postk.
Wiederverkäufer ermäßigte Preise.
C. Prestin, Wakenisstr. 33.

Im Verlage der Buchhandlung
„Vorwärts“ Berlin, erschien:
Frauenleiden

und deren Verhütung.
Nebst einem Anhang:
Die Verhütung der Schwanger-
schaft.

Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutsches Nähmaschinen-Haus.



Gustav Kahl
Lübeck, Sandstraße 14. — Neumünster, Johannisstraße 11.
Original-Fabrikate der
Aktiengesellschaft vorm. Frister & Rossmann.
Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen.
Zubehörteile. Reparaturwerkstatt.
Bequeme Teilzahlung. Bei Barzahlung Rabatt.
Unentgeltlicher Unterricht in moderner Kunststickerie.

I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“
Huxstrasse 117. **Fr. Barby** Huxstrasse 117.

Übernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen.
Überführungen von und nach auswärts.
Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen.

Die Arbeiter-Garderoben
aus der Spezial-Abteilung von
Gebr. Barg
5 Kohlmarkt 5
sind als sehr gut u. billig bekannt.
Lederhosen, Cordhosen, Mauer-
hosen, Zimmerm.-Hosen, Zim-
merm.-Westen, Leder-Joppen,
Cord-Joppen, blau Stoff-Joppen
leinen Jacken, Rajen usw. usw.
Rabattmarken oder 4 Proz.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Auschank
empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lübeck-Rabattmarken.

Ihre beliebten Fabrikate und
Waren hält die Firma
H. L. Wiegels
vormals J. C. Bunge bestens
empfohlen!
Eisfabrik: gegründet 1825.
Spezialität: Konterv.-Honigseifig.
Herings-Großhandlung.
Marinier-Anstalt.
Spezialität: Delikatess-Kostmops.

Verein f. Gesundheitspflege.
Donnerst. 17. Febr., abds. 8 1/2 Uhr
General-Verammlung
in der Bauhütte.
Tagesordnung: Nachterlab.
Beschluss über Jahresrechnung
und Voranschlag f. 1910. Antrag:
Veränderung des Spiel- und Fests-
ausschusses. Antrag: Veränderung
des § 7 der Satzung. Wahlen
des § 9 und 11 der Satzung.

Brauerei Fackenburg.
Sonntag, den 13. Februar 1910:
Großes humoristisches
Bockbierfest.
Liedersche Kapelle.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pfg.
Bockbiermüsse, Programm und
Vieder etc.

Zum 21. Stiftungsfest
der freiwilligen Feuerwehr
zu Genin
am Sonntag, d. 13. Februar
im Lokale des Kam. G. Müller das.
ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Einladung zum
BALL
der St. Gertrud-Gilde
am Sonntag, 13. Februar
im Lokale des Herrn Gutsche
„Neu-Lauerhof.“
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Das Komitee.

Reform-Theater!!
Breitestrasse 24.
Wunderhohes Programm.
20 Pf. Auch Sonntags 20 Pf.
Sonntag von 2-4 Uhr:
Kinder-Vorstellung.

Panorama
Breitestr. 53. I., St.
vom 13. bis 19. Februar:
Brasilien.
Rio de Janeiro, Neu-Santos,
Sao Paulo, Blumenau u. s. w.